



Präsident Fischer schockt Vertriebene

(Seite 3)

Klage wegen Völkermordes

(Seite 5)

Tribüne der Meinungen

(Seiten 4 und 12)

Prag blamiert Berlin mit Nein zum „Netzwerk gegen Vertreibung“

Weil sie offenbar eine Debatte über die Vertreibung der Sudetendeutschen befürchtet, hat die tschechische Regierung die Beteiligung an einem von Deutschland initiierten „Europäischen Netzwerk gegen Zwangsmigration und Vertreibung“ verweigert und damit gleichzeitig die deutsche Bundesregierung düpiert. Denn eigentlich wollte Kulturstatsministerin Christina Weiss den Tschechen mit dem Projekt entgegenkommen, da es als Gegenentwurf zu dem vom Bund der Vertriebenen (BdV) forcierten und von Tschechen wie Polen strikt abgelehnten „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin gedacht ist. Aus diesem Grund wird es auch von den Vertriebenen abgelehnt. Warschau begrüßt die Initiative, die eine Aufarbeitung der Geschichte der Vertreibungen zum Ziel hat – vielleicht auch deshalb, weil das Netzwerk sein Sekretariat in der

polnischen Hauptstadt einrichten wird. Dort unterzeichnete Ministerin Weiss am 2. Februar mit Amtskollegen aus mehreren zentral- und osteuropäischen Staaten das Gründungsdokument. Der ebenfalls eingeladene tschechische Kulturminister Pavel Dostal hatte jedoch nach längerem Hin und Her die Teilnahme abgelehnt. Dies sei kein Projekt, das Prag begrüße, erklärte ein Sprecher des Prager Außenministeriums. Einem internen Papier des Prager Außenamtes zufolge hatte Tschechien verlangt, daß alle Teilnehmer des Netzwerkes „alle bisherigen Vereinbarungen über die Folgen des Zweiten Weltkriegs als historische Tatsachen respektieren“. Dies wäre freilich einer nachträglichen Legitimierung der Nachkriegsvertreibungen und -entfernungen gleichgekommen, was mit dem Ziel des Netzwerkes schwerlich vereinbar

wäre. Die ebenfalls zur Netzwerk-Gründung nach Warschau eingeladenen österreichische Bildungsministerin Elisabeth Gehrler (ÖVP) blieb daheim, obwohl man in Berlin von einer Teilnahme Österreichs ausgegangen war. SLÖ-Bundesobmann Gerhard Zeihel hatte die Bundesregierung zu einem Verzicht auf diese „durchsichtige Netzwerk-Aktion“ aufgefordert.

Vor der Unterzeichnung war es auch in Berlin zu einem Streit zwischen Außenminister Joschka Fischer und Weiss gekommen. Das Außenamt bestritt das Recht der Kulturstatsministerin, mit Ministern anderer Länder Vereinbarungen abzuschließen. Außerdem wurde das Netzwerk im letzten Moment noch umbenannt!

Lesen Sie weiter auf Seite 4.

OB ES NUR die bequeme Rechtfertigung für die Zurückhaltung gegenüber Prag oder echtes Bedauern mangelnder Gemeinsamkeit in einer Österreich wie Deutschland gleichermaßen angehenden Frage ist, sei dahingestellt. Auf jeden Fall hat ÖVP-Klubchef Wilhelm Molterer die Realität beschrieben, als er beim Besuch im „Haus der Heimat“ kürzlich beklagte, daß von Deutschland in vertriebenenpolitischen Angelegenheiten keine Unterstützung zu erwarten sei. Tatsächlich weiß jeder, der sich mit dem Thema auch nur ein bißchen beschäftigt, daß die Vertriebenen von der bundesdeutschen Regierung nichts Gutes zu erwarten haben. Im Gegenteil: Kaum eine Woche vergeht, in der Berlin nicht im Sinne der Vertriebenen kontraproduktive Aktionen startet. Ob es um das Zentrum gegen Vertreibungen geht oder um die Klagen von Vertriebenen vor dem Europäische Gerichtshof für Menschenrechte: Würde man es nicht besser, könnte leicht der Eindruck entstehen, Gerhard Schröder wäre nicht deutscher, sondern polnischer oder tschechischer Kanzler. Aber um nicht nur Schröder zu kritisieren: Auch die deutschen Oppositionsparteien haben sich in den vergangenen Wochen und Monaten nicht gerade mit vertriebenenpolitischem Ruhm bekleckert, sondern vielmehr den Eindruck erweckt, daß es schon ziemlich egal ist, wer im Berliner Kanzleramt sitzt.

VOR DIESEM HINTERGRUND erscheint die vielen Vertriebenen zu lasche österreichische Politik schon wieder geradezu kühn. Natürlich kann man sich wünschen, daß Bundeskanzler Schüssel nach Prag fährt, mit der Faust auf den Tisch schlägt und seinem Amtskollegen Gross einen Forderungskatalog vor die Nase hält. Das Ergebnis wäre ein diplomatischer Eklat, ein bißchen Beifall und viel Kritik in Österreich – aber sonst nichts. Denn die tschechische Regierung braucht österreichischen Nachdruck solange nicht ernst zu nehmen, als sie keinen Schultertschuß Wien – Berlin zu befürchten braucht. Und ein solcher ist nicht in Sicht, sieht man von der Gefahr ab, daß auch Österreich einmal ganz auf die Schröder-Linie einschwenkt.

NOCH IST ES JEDOCH nicht so weit. Zwar bringen die Nuancen, in denen sich die österreichische von der deutschen Vertriebenenpolitik unterscheidet, für die Betroffenen nur in Ausnahmefällen (zum Beispiel den Donauschwaben) greifbare Ergebnisse, doch Schüssels Position gewinnt an Gewicht, betrachtet man die deutschen Stellungnahmen in der anderen Waagschale. Immerhin hat der Österreicher in Prag das Recht der Enteigneten auf Klagen betont, während Schröder oder Merkel sich am selben Ort von diesen Klagen ausdrücklich distanzieren beziehungsweise sogar deren aktives Hintertreiben zum politischen Credo erklärt hatten. Die Sudetendeutschen haben freilich nichts von der Bekräftigung eines Klagerechtes, das ihnen sowieso zusteht. Insofern wünschten sie sich natürlich mehr als diese ziemlich billige Form von Zuspruch. Immerhin ist der österreichische Kanzler im Gegensatz zu deutschen Politikern aller Coleurs seinen vor dem EGMR klagenden Landsleuten nicht in den Rücken gefallen und hat zumindest die Erwartung geäußert, daß Tschechien anläßlich der sich heuer zum sechzigsten Mal jährenden Vertreibung ein Zeichen setzt. Es steht zu befürchten, daß Schüssels Erwartung enttäuscht wird, und es ist zu erwarten, daß er trotzdem unverdrossen das ziemlich einseitige Bemühen Österreichs um gutnachbarschaftliche Beziehungen fortsetzen wird.

OHNE VERBÜNDETE ist viel mehr auch nicht realistisch. Denn solange das große Deutschland die Anliegen der Vertriebenen mit Füßen tritt, würde ein forscher Einsatz Österreichs in Europa höchstens als skurril, aber nicht als ernstzunehmend bewertet werden. Einzufordern ist dieses Engagement von der Regierung aber dennoch. Schließlich müssen die Vertriebenen in erster Linie die Interessen der Opfer vertreten. Niemand sollte von ihnen verlangen, daß sie sich auch noch den Kopf der Regierung zerbrechen.

VOM BAUM FESTGEHALTEN



Seltsame Gefühle kommen schon auf, wenn man durch den Böhmerwald geht oder fährt. Wo sind die Bewohner der nach 1945 ausgelöschten Ortschaften und Märkte hingekommen? Geheimnisvoll, aber faszinierend sind die noch verbliebenen religiösen Kleindenkmäler in diesem einst zutiefst christlichem Land. Mutwillig wurde auch das gußeiserne Wegkreuz in Oberschönhub bei Hohenfurth abgeschlagen, und die Wurzel einer großen Fichte umklammerte „schützend“ den Rest des Kreuzes. Fest eingewachsen in das Holz des Baumes wurde es im Jahre 2000 entdeckt und mit dem Stück der Wurzel her-



ausgeschnitten und damit erhalten. Demut und Zufriedenheit vermittelt der Wald als großes Geschenk der Natur. Heimkehrenden deutschen Soldaten gab der Böhmerwald 1945 Unterschlupf und etwas Geborgenheit. Um durch das Tragen des Stahlhelmes nicht erkannt zu werden, entsorgte ein unbekannter Soldat 1945 die oftmals lebensrettende Kopfbedeckung bei einer Fichte in Waldau bei Kaltenbrunn. Tschechische Forstarbeiter fanden den im Fichtenstamm eingewachsenen Helm und fällten den Baum – und das Stück Holz wird als Erinnerung aufbewahrt.

Werner Lehner

In der tschechischen Tageszeitung „Mlada fronta Dnes“ erschien kürzlich ein bemerkenswerter Artikel von Emanuel Mandler mit dem Titel: „Höchste Zeit für eine Entschädigung“. Hier die Übersetzung:

Seit längerer Zeit redet man (und dann hört man wieder auf) von einer „Geste“ der tschechischen Seite gegenüber den deutschen Antifaschisten. Diese würde in einer Art Entschädigung jener Antifaschisten bestehen, die heute noch leben. Angeblich verhandelte über dieses immer aktuelle Thema sogar die Regierung. Es scheint, daß, was eine eventuelle Entschädigung der Antifaschisten betrifft, in den Reihen der Sozialdemokratie und der Regierungskoalition keine Einheit herrscht. Dem ODS-Vorsitzenden Topolánek zufolge wäre es gar unverantwortlich, die mit den Sudetendeutschen und den Beneš-Dekreten zusammenhängenden Fragen in dieser Art zu öffnen. Obwohl es scheint, daß die ODS in dieser Frage einträchtig ist, stimmt es nicht, daß man mit der Entschädigung der Antifaschisten die Problematik der Beneš-Dekrete eröffnen würde.

Es ist eher merkwürdig, daß man über diese Entschädigung nicht früher gesprochen hat. Eine kurze Überlegung genügt, um festzustellen, weshalb:

Als Antifaschisten wurden nach Kriegsende ein wenig ungenau Menschen jeder Nationalität bezeichnet, die Gegner des Hitler-Regimes und der NS-Herrschaft waren. Diese Menschen sind entweder emigriert oder wurden – falls sie im besetzten Europa geblieben waren – Opfer des NS-Terrors. Einige haben

es überlebt, die meisten jedoch hatten kein einfaches Leben.

Beispielsweise wurde den deutschen Antifaschisten aus Böhmen und Mähren, die KZ überlebt haben und vor dem Krieg einen landwirtschaftlichen Boden und dazugehörige Gebäude besaßen, dieses Eigentum gleich nach dem Kriegsende konfisziert. Eine Nach-

„Höchste Zeit für eine Entschädigung“

kriegsbroschüre des CSR-Innenministeriums für Nationalausschüsse wies darauf hin, daß der Boden nur dann zurückgegeben werden darf, „wenn die betroffene Person nachweist, daß sie aktiv am Kampf für die Erhaltung der territorialen Integrität und Befreiung der CSR teilgenommen hat. Das Leiden unter dem nationalsozialistischen oder faschistischen Terror allein genügt für das Herausnehmen des landwirtschaftlichen Eigentums aus der Konfiskation nicht“. Nach Ansicht des Landwirtschaftsministeriums war es notwendig, „den Besitz des landwirtschaftlichen Bodens einer größtmöglichen Anzahl von Personen deutscher Nationalität zu nehmen – angesichts der großen potentiellen Gefahr eines derartigen Besitzes...“

Aufgrund dieses Beispiels kann man sich das Schicksal der deutschen Antifaschisten nach dem Kriegsende vorstellen. Worum es jedoch geht, ist die Frage einer Entschädigung derjenigen Antifaschisten, die noch leben. Diese Menschen waren während des Zweiten Weltkriegs unsere Verbündeten gegen den Nazismus und haben meist für diese gemeinsame Sache gelitten (dasselbe gilt für deutschsprachige Juden, falls sie aus dem KZ zurückkamen).

Das, was sechzig Jahre nach dem Kriegsende nicht einfach zu verstehen ist, ist nicht ihre Entschädigung, sondern die nur schwierig zu beantwortende Frage, wie es möglich ist, daß sie nicht längst entschädigt worden sind und daß erst jetzt unsere politischen Parteien darüber nachdenken, was man tun kann. Die Antwort auf diese Frage ist einfach: Bisher betrachten wir diese Antifaschisten gemäß einer pauschalen Kriegsgefeindschaft als unsere Feinde. Aber – dieses Jahr vergehen 60 (!) Jahre seit dem Kriegsende. Und worin besteht unsere Feindschaft gegenüber diesen Menschen?

Darin, daß sie die deutsche Nationalität haben (eher hatten, wenn wir bedenken, wie viele von ihnen nicht mehr leben). Sechzig Jahre nach dem Kriegsende ist es höchste Zeit, sich zu entscheiden, wer eigentlich unser Feind ist. Falsche Feinde sind genauso gefährlich wie falsche Freunde. Von einer Falschheit jedoch kann man im Falle deutscher Antifaschisten nicht die Rede sein.

Also warum dann das Bedenken unserer Politiker?

Fünf Jahre Haft für Ex-Finanzminister

Der ehemalige tschechische Finanzminister Ivo Svoboda und seine frühere Beraterin Barbora Snopková wurden vergangene Woche vom Oberen Gericht in Prag zu jeweils fünf Jahren Haft verurteilt. Außerdem müssen sie je 200.000 Kronen (knapp 7000 Euro) Geldstrafe zahlen. Die beiden waren im Zusammenhang mit der Pleite der Kinderwagenfabrik Liberta des Betrugs beschuldigt worden. Von 1996 bis 1998, als sie an der Spitze der Fabrik standen, haben sie demnach große Teile des Firmenvermögens auf Privatkonten transferiert. Ivo Svoboda war von Juli 1998 bis Juli 1999 Finanzminister. Ab 1997 war er stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei.

Tschechien kein EU-Musterschüler

Die Tschechische Republik hat von allen 25 EU-Mitgliedsstaaten die schlechteste Wertung in Bezug auf die Übernahme von EU-Recht in nationale Gesetzgebung. Nach Angaben der EU-Kommission handelt sich um 151 EU-Richtlinien, die Tschechien zu Beginn des Jahres 2005 nicht in nationales Recht umgesetzt hat. Insgesamt wird festgestellt, daß in den Ländern der Union die Disziplin schwächer geworden ist, EU-Normen, die die Länder verabschiedet haben, tatsächlich zu übernehmen.

Tschechischer „Doktor Mengele“

Unter der Überschrift „Die Rätsel des tschechischen Doktor Mengele“ hat die Samstagausgabe der Tageszeitung „Mlada fronta Dnes“ berichtet, daß tschechische Ärzte um das Jahr 1960 illegal in einem Krankenhaus an der damaligen DDR-Grenze medizinische Versuche an lebenden Häftlingen unternommen hätten. Dies gehe aus einem bisher unbekannten Geheimbericht des kommunistischen Regimes aus dem Jahr 1961 hervor, schreibt die Zeitung. Im selben Jahr habe das tschechoslowakische Innenministerium die Experimente gestoppt und den verantwortlichen Arzt Bohumil Cizek abberufen. Der MfD zufolge seien den Häftlingen ohne Erlaubnis der zentralen Behörden in Prag Gewebeprobe entnommen sowie Magensaft und Hirnflüssigkeit abgesaugt worden.

ZITAT

„Gerade heuer, wo wir das 60jährige Ende des Zweiten Weltkriegs feiern, ist das, glaube ich, ein wichtiger Punkt, ich bin sicher, daß natürlich auch die Tschechische Republik hier ihre Akzente setzt.“

Bundeskanzler Wolfgang Schäussel in Prag.

Bednar nennt Nachdenken über Geste an Deutsche „unverantwortliche Eskapade“

Miloslav Bednar, Mitglied des Koordinierungsrates des Tschechisch-deutschen Diskussionsforums, warnt in einem kürzlich in der Zeitung „Lidove noviny“ veröffentlichten Beitrag vor einer Geste an die tschechischen Deutschen. Lesen Sie im folgenden die Übersetzung dieses wohl heftige Diskussionen auslösenden Artikels mit dem Titel „Unverantwortliche Eskapade des Ministers Svoboda“:

Der alt-neue Außenminister Cyril Svoboda hat vor einiger Zeit die lange gehegte Idee einer gewissen regierungseigenen „Geste“ einer einmaligen Entschädigung der bei uns lebenden tschechischen Deutschen, diesmal nur der Antifaschisten, abgestaubt. Aus rechtlicher Sicht würden durch diese geplante, vom Premier Gross zum Glück auf Eis gelegte Regierungsentscheidung de facto geltende tschechoslowakische Entnazifizierungsgesetze, ursprünglich Präsidentendekrete, umgegangen, die einen innerstaatlichen Rechtsrahmen der alliierten Entnazifizierungsentscheidungen als europäische Grundlage des nach dem Zweiten Weltkrieg erneuerten Völkerrechts bilden.

Es wird somit ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen, der zugunsten der jetzigen sowie künftigen sudetendeutschen Klagen bei internationalen Gerichten ausgenutzt werden könnte.

Die Tschechei würde durch die Annahme einer solchen „Geste“ ihre Verbündeten (USA, Großbritannien, Polen usw.) verunsichern. Völkerrechtlich werden durch diese abenteuerliche Idee die rechtlichen Garantien für einige eu-

ropäische Länder, z. B. Polen, die baltischen Staaten usw., in Frage gestellt. Dadurch würde der mitteleuropäische Raum als eines der europäischen strategischen Schlüsselgebiete politisch destabilisiert. Dabei würde die Tschechische Republik zum international erpreßbaren Staat und zur Zielscheibe der gesteigerten sudetendeutschen Forderungen werden. Es zeigt sich insgesamt, daß die Bestrebung von Svoboda nach einer sogenannten humanitären exekutiven Geste gegenüber den tschechischen Deutschen ein Beispiel juristischer und politischer Unverantwortlichkeit ist. Andererseits gibt es kein Hindernis dafür, daß die wirklichen tschechisch-deutschen Antifaschisten auf dem gerichtlichen Weg eine Entschädigung anstreben, und zwar mit Hinweis auf die damalige nachweisbar fehlerhafte Anwendung der tschechoslowakischen Entnazifizierungsgesetze in ihrem Fall. Durch diese rechtlich und verfassungsmäßig absolut saubere, politisch nicht spektakuläre Art kam es z. B. bei unseren Deutschen zu vielen Wiedergutmachungen, insbesondere der Nachkriegsmißgriffe.

Die Dekrete waren kein Unrecht

Die Entnazifizierungsgesetze, ursprünglich Präsidentendekrete, waren kein Unrecht, wie die im Prinzip immer noch an Henlein orientierte Sudetendeutsche Landsmannschaft immer wieder lügenhaft behauptet und wie dies nach ihr ihre peinlichen tschechischen Mitarbeiter wiederholen. Die tatsächlich an den Deutschen

nach dem Kriegsende begangenen Verbrechen hat man damals gerichtlich gelöst, und dies, obwohl die tschechoslowakische Souveränität durch die UdSSR sowie die mit ihr kollaborierenden Kommunisten ziemlich beschränkt wurde. Der kommunistische Putsch verhinderte letztlich die gerichtliche Behandlung von mindestens sechstausend Fällen von Straftaten gegenüber den Deutschen.

Die Behauptung, die CSR habe sich nach dem Kriegsende gegenüber den Deutschen unzulässig benommen, ist eine freche Verleumdung von deutscher Seite und ein unmündiges Flagellantentum auf tschechischer Seite.

Die in Prag unlängst bestätigte eindeutige Entscheidung des deutschen Kanzlers Gerhard Schröder, gegen die Eigentumsansprüche der deutschen Vertriebenen entscheidend aufzutreten, ist – im Unterschied zur unmöglichen Eskapade von Cyril Svoboda mit seiner „humanitären Geste“ – als ein grundsätzlicher Schritt zur Gewährleistung wirklicher Vertrauenswürdigkeit des wiedervereinigten demokratischen Deutschlands in der Europäischen Union eindeutig zu begrüßen.

Tschechen die größten Atheisten Europas: Nur jeder dritte gläubig

„Ungläubige Tschechen“ – diese Bezeichnung entspricht den Ergebnissen einer in zwanzig europäischen Ländern sowie in den USA durchgeführten Meinungsumfrage, in der der Glaube der Bevölkerung an Gott untersucht wurde. Die Tschechische Republik (CR) landete mit 32 Prozent an Gläubigen als Schlußlicht. Sie war das einzige untersuchte Land, in dem die Zahl der Ungläubigen höher als die Zahl der Gottesbekenner war.

Die Meinungsforschung führte die Agentur GfK Custom Research im September und Oktober 2004 durch und die Ergebnisse veröffentlichte die Tageszeitung „The Wall Street Journal Europe“.

Demzufolge haben das innigste Verhältnis zu Gott die Rumänen und Türken – in diesen Ländern bekennen sich 96 Prozent zu Gott. Die 90-Prozent-Grenze überwandten auch Polen und Griechenland. Der europäische Durchschnitt bewegt sich um die 70-Prozent-Marke.

Die besagte Tageszeitung erwähnte als die Ursache des kühlen Verhältnisses der Tschechen zum Glauben die schlechten historischen Erfahrungen, konkret die Verbrennung des Magisters Johannes Hus.

„Aufgrund meiner Forschungen sowie Erfahrung kam ich zu dem Schluß, daß die Tschechen die größten Atheisten Europas sind“, zitierte die Zeitung den Theologieprofessor Daniel Domizius von der Kardinal-Stritch-Universität in Wilwaukee (USA).

In Schweden – vor der CR liegend – bekennen sich bereits 45 Prozent, in Dänemark 49 Prozent und in den Niederlanden sind es bereits knapp über die Hälfte – 51 Prozent – zu Gott. In allen diesen Ländern ist überdies die Anzahl der Gläubigen höher als die der Ungläubigen, während in der CR dieses Verhältnis 32:49 ist.

Zu dieser Untersuchung meint der Bundesobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ), Gerhard Zeihel, daß die europäische Ethik auf den Zehn Geboten aufbaut und darin das eigentliche Prinzip des Wahrnehmens von Gut und Böse liegt.

Dies ist vielleicht mit einer Erklärung dafür, warum sich – auch sechzig Jahre nach der Vertreibung ihrer deutschen Mitbürger – nur sehr wenig zur Erkenntnis, geschweige denn zur Heilung des Unrechts in der Tschechischen Republik tut.

Fischer ehrt Kreishauptmann von Südböhmen mit hohem Orden

Der südböhmische Kreishauptmann Jan Zahradník wurde Ende Jänner mit dem Großen Goldenen Ehrenzeichen mit dem Stern für Verdienste um die Republik Österreich ausgezeichnet. Bundespräsident Heinz Fischer hat ihm diesen Orden für sein Engagement beim Ausbau der bilateralen tschechisch-österreichischen Beziehungen und besonders der regionalen Zusammenarbeit zwischen dem Südböhmischen Kreis auf der einen und den Bundesländern Oberösterreich und Niederösterreich auf der anderen Seite verliehen. Das Ehrenzeichen, das eine der höchsten österreichischen Auszeichnungen ist, wurde Zahradník in Budweis (Česká Budějovice) vom österreichischen Botschafter in Tschechien, Klas Daublebsky, überreicht.

Daublebsky unterstrich, daß sich Zahradník auch während einer Zeit der Irritationen in den

für Österreich sensiblen umweltpolitischen und mit der Vergangenheit zusammenhängenden Fragen nie dem Dialog verschlossen habe. „Ich möchte dabei besonders anerkennen, daß Sie trotz der sicherlich bestehenden innenpolitischen Bedenken und Schwierigkeiten die Zusammenarbeit mit den österreichischen Bundesländern auf anzuerkennende Weise konsequent und erfolgreich weitergeführt haben“, betonte Daublebsky. Daß Zahradník etwa im vergangenen Herbst 2004 den Wunsch der SL Oberösterreich nach direkten Kontakten zurückgewiesen hatte, wurde in der Hofburg entweder übersehen oder bei der Entscheidung über die Ordensvergabe einfach ignoriert.

Zahradník bedankte sich für den Orden und sagte, dies sei die höchste Auszeichnung, die er je erhalten habe.

Herbert Scheibner gedachte auch Opfer der Vertreibung

Bei der Auftaktveranstaltung zum Gedenkjahr 2005 im Reichsratssaal des Parlaments in Wien am 14. Jänner gedachte FPÖ-Klubobmann Herbert Scheibner – leider als einziger – auch der Opfer der Nachkriegszeit. Hier der Ausschnitt seiner Rede:

„Neben diesen Naturkatastrophen, denen wir uns alle gemeinsam zu stellen haben, weil sie uns alle gemeinsam betreffen, haben wir uns auch gemeinsam jenen Katastrophen zu stellen, die menschlich verursacht sind. Wir werden in diesem Jahr gedenken, daß der Zweite Weltkrieg vor sechzig Jahren zu Ende ging. Eine menschliche Katastrophe mit sechzig Millionen Toten, davon 500.000 Österreicher Opfer des Krieges und des Verbrecherregimes der Nationalsozialisten. Wir werden gedenken der Opfer der Vertriebenen, der Verfolgten auch in der Nachkriegszeit. Wir werden uns freuen, daß es gelungen ist, mit übermenschlicher Anstrengung und auch mit internationaler Hilfe, dieses Land wieder aufzubauen, Demokratie unumkehrbar zu machen und daß mit der Unabhängigkeit Österreichs 1955 eine nie vorher erlebte Zeit des Wohlstandes und des Friedens gekommen ist“, sagte Scheibner.

Zeitzeugen am BORG Deutschlandsberg

Es braucht ein Angebot, einen engagierten Geschichtspräsidenten, einen aufgeschlossenen Direktor und betroffene Zeitzeugen, um zu einem Erfolg zu gelangen.

Drei neugierige und interessierte siebente Klassen erwarteten am 25. 1. nach einer Vorbereitung durch einen ORF-Film das Team der Sudetendeutschen Landsmannschaft (Helge Schwab, Edeltraud Richter und Anni Haas). Jede Klasse mit zirka 20 bis 25 Schülern hatte eine Unterrichtsstunde.

Helge Schwab übernahm die Rolle des einleitenden Moderators. Unsere weiblichen Zeitzeugen aus Aussig und Brünn erweckten Mitgefühl, Erstaunen und auch Betroffenheit über eigenes bisheriges Nichtwissen über die Problematik der Vertreibung, sehr oft konnten die Schüler die Grausamkeit der Geschehnisse nur durch ein Kopfschütteln kundtun.

Mucksmäuschenstill war es während der Vorträge, zu kurz eigentlich die Zeit, um die geschilderten Vorkommnisse zu verdauen und zu besprechen, aber die Geschichtelehrerin (Professor Mag. Maria Schönegger) berichtete, daß in den Schulstunden danach die Thematik neuerlich diskutiert und verarbeitet wurde.

Direktor Mag. Fritz Malli lud danach die Teilnehmer und die Klassensprecher zu einem kleinen Empfang mit Musik in die Kanzlei, und die Schule ließ es sich nicht nehmen, uns zu einem Mittagessen in die Schulkantine zu bitten.

„Ich fühlte mich wie bei einem Staatsempfang“, meinte Edeltraud Richter trotz der ungewohnten Tätigkeit und bei der gemeinsamen Heimfahrt wurde dieses Erlebnis von den Landsleuten als ein Höhepunkt in der bisherigen landsmannschaftlichen Tätigkeit gewürdigt.

Gesprächsforum geschrumpft

Tschechien und Deutschland haben sich auf eine Neubestimmung des bilateralen „Gesprächsforums“ geeinigt. Der im Jahre 1997 gegründete Koordinierungsrat dieses Forums wird für zwei Jahre ernannt und soll Zukunftsperspektiven der tschechisch-deutschen Zusammenarbeit entwerfen. Künftig würden der deutsche Botschafter in Prag, Michael Libal, und die tschechische Sozialwissenschaftlerin Barbara Köpplowa das von vierzig auf zwanzig Mitglieder verkleinerte Gremium leiten, verlaute aus Regierungskreisen in Prag.

Sehr geehrte deutsche Abonnenten

In den nächsten Tagen geht Ihnen ein Zahlschein zur Überweisung Ihrer Abogebühr für die „Sudettenpost“ per Post zu.

Wir ersuchen Sie höflich, die Zahlung umgehend vorzunehmen und – falls nicht am Zahlschein vermerkt – die Kundennummer anzugeben.

Molterer klagt bei Besuch im „Haus der Heimat“: „Kein Rückhalt aus Berlin!“

ÖVP-Klubobmann Wilhelm Molterer besuchte kürzlich in Begleitung von ÖVP-Vertriebenen-sprecher NAbg. Norbert Kapeller das „Haus der Heimat“ im dritten Wiener Gemeindebezirk. Thema der Gespräche mit den Vertriebenenvertretern waren unter anderem die bilateralen Entschädigungsverhandlungen mit Kroatien, die kurz vor dem Abschluß stehen. Kroatien wird die nach dem Zweiten Weltkrieg nach Österreich geflüchteten Donauschwaben gesetzlich entschädigen. Verhandlungen zwischen Kroatien, Österreich und den Vertriebenenvertretern laufen bereits seit längerem. Nun steht ein Abschluß unmittelbar bevor. Weit schwieriger sind die Verhältnisse in der Tschechischen Republik. Molterer weist darauf hin, daß aus der Bundesrepublik Deutschland mit keiner Rückendeckung hinsichtlich einer Entschädigung der Sudetendeutschen zu rechnen ist. Molterer: „Die BRD sagt, für uns ist das Kapitel beendet.“ Gerade deshalb zeigte sich der Vorsitzende der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs (VLÖ), der Donauschwabe Rudolf Reimann, zufrieden, wie gut die Verhandlungen mit Kroatien laufen. Reimann führte Kroatien als positives Beispiel an, wie der Umgang mit den vertriebenen Altösterreichern auch gehen kann. Ungarn hatte ja bereits Anfang der neunziger Jahre mit der Entschädigung begonnen und die Donauschwaben sind derzeit auch mit Serbien im Gespräch, wie es in Zukunft hinsichtlich Entschädigung weitergehen solle.

Gerhard Zeihsel, Bundesobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich,

führte allerdings auch positive Beispiele an: So gäbe es viele junge tschechische Intellektuelle, die sich mit der Vertreibung der Sudetendeutschen auseinandersetzen und Ausstellungen dazu machen. Das geht bis zu kleinen tschechi-

schen Initiativen, die deutsche Denkmäler pflegen. Neben der großen Politik, die leider völlig versteinert ist, sollen diese Ansätze nicht vergessen werden.

Der Siebenbürger Sachse und Stellvertreten-



VLÖ-Spitzen empfangen ÖVP-Besuch im „Haus der Heimat“ (v. l. n. r.): VLÖ-Vizevorsitzender Martin May, VLÖ-Präsident Rudolf Reimann, Klubchef Wilhelm Molterer, ÖVP-Vertriebenen-sprecher Norbert Kapeller, VLÖ-Vizechef und SLÖ-Bundesobmann Gerhard Zeihsel.



ÖVP-Klubobmann Molterer mit Martin May (links), und Kurt Schuster (rechts) in der Siebenbürger-Sachsen-Stube.

de Bundesvorsitzende des VLÖ, Martin May, bat Molterer, sich dafür einzusetzen, daß die Zeitzeugenaktionen, die in den Schulen so großen Zuspruch fanden, wieder fortgesetzt werden sollten. Dabei berichteten vertriebene Altösterreicher, wie sie die Zeit um und nach dem Zweiten Weltkrieg erlebten. Dieser Austausch zwischen den Opfern und den Schülern war sehr fruchtbar und sollte wieder aufleben.

Bundesvorsitzender Reimann stieß ins selbe Horn, wenn er zum wiederholten Male darauf drängte, daß die vom Bildungsministerium produzierten Unterrichtsfilme über die Sudetendeutschen, und die Volksdeutschen doch wieder in den Schulen im Rahmen des Geschichtsunterrichtes gezeigt werden sollten.

Klubobmann Molterer und sein Kollege Kapeller versprachen, sich für diese Anliegen im Rahmen ihrer politischen Möglichkeiten einzusetzen.

Der VLÖ ist der Dachverband jener 360.000 deutschen Altösterreicher, die nach dem Zweiten Weltkrieg nach Österreich vertrieben wurden. Sie haben sich in Landsmannschaften zusammengeschlossen, die sich bereits 1954 im VLÖ zusammengeschlossen haben.

Bundespräsident Fischer mied VLÖ, weil er Schaden für Österreich befürchtete...

Nicht die erhoffte Entspannung brachte kürzlich ein Gespräch des ÖVP-Vertriebenen-sprechers Norbert Kapeller mit Bundespräsident Heinz Fischer – im Gegenteil: „Ich war schockiert“, sagte Kapeller, nachdem Fischer ihm und den beiden Vertretern des Verbandes der Volksdeutschen Landsmannschaften (VLÖ) – Gerhard Zeihsel und Martin May – zu erklären versucht hatte, warum er zum 50-Jahr-Jubiläum des VLÖ sowohl ein Grußwort in der Festschrift als auch eine Teilnahme am Festakt verweigert hatte. Fischer rechtfertigte sich laut Kapeller mit dem angeblich drohenden Schaden für die Beziehungen Österreichs zu den Vertreiberstaaten. Er hätte ja nicht wissen können, was in der Festschrift stehe beziehungsweise was bei dem Festakt gesprochen würde. Der Freistädter ÖVP-Abgeordnete empfand diese Begründung als absurd, denn der VLÖ sei eine anerkannte Organisation, die jeden Extremismus ablehne. Kapeller zur „Sudettenpost“: „Fischers Aussagen taten mir persönlich weh, ich habe zu ihm gesagt, ich verstehe sein Anliegen nicht mehr, Bundespräsident aller Österreicher sein zu wollen!“

Wie in der letzten Folge berichtet, hatte Fischers Weigerung, für die VLÖ-Festschrift im vergangenen Herbst ein Grußwort zu verfassen, bei Vertriebenen Empörung und Betroffenheit ausgelöst. Der Bundespräsident hatte auf

ein entsprechendes Ersuchen nur einen Brief geschickt, in dem er langatmig, aber historisch Fakten verdrehend, erklärte, „daß es zu diesen Vertreibungen, Tötungen und Brutalitäten nicht gekommen wäre, wenn es nicht vorher das Wüten derer gegeben hätte, die Anhänger des NS-Systems waren und dieses System mit aller Gewalt aufrechtzuerhalten versucht haben bzw. im Dienste der NS-Maschinerie standen“. Zwar war in dem Schreiben auch von an den Vertriebenen begangenen Menschenrechtsverletzungen die Rede, der Kern der Botschaft dieses Textes ist jedoch die historisch nicht haltbare These, daß die Vertriebenen eben entweder selber schuld an ihrem Schicksal waren oder halt das Pech hatten, Deutsche zu sein.

Die Chuzpe an dem Fischer-Schreiben ist jedoch: Der Bundespräsident gestattete es dem VLÖ, diese Thesen anstelle des von ihm gewünschten Grußwortes in der Festschrift zu veröffentlichen.

ÖVP-Vertriebenen-sprecher Norbert Kapeller protestierte in einem Brief an Fischer: „Ihre Sichtweise, sehr geehrter Herr Bundespräsident, entspricht sicher nicht der heutigen Geschichtsschreibung und diskreditiert Altösterreicher!“ Fischer fühlte sich mißverstanden und lud Kapeller für 25. Jänner zu einem klärenden Gespräch in die Hofburg ein. Kapeller nutzte diese Gelegenheit, um auch Vertriebenenver-

treter zum Bundespräsidenten mitzunehmen. Das Gespräch dauerte immerhin eine Stunde, brachte aber keine Annäherung der Positionen. Obwohl auch Kapeller konzedierte, daß Fischer um ein gutes Gesprächsklima bemüht war und sogar Verständnis für die VLÖ-Kritik bekundete, rückte das Staatsoberhaupt inhaltlich nicht von seinen Positionen ab.

Zeihsel: „Wir können auch ohne sein Grußwort leben!“

„Fischer betreibt durch diese geschichtliche Verkürzung praktisch die gleiche Politik wie die Tschechen“, so SLÖ-Bundesobmann Gerhard Zeihsel nach dem Treffen mit Fischer, „das habe ich ihm auch gesagt. Unser Problem fängt spätestens im Ersten Weltkrieg an.“ Dann werde man verstehen, so Zeihsel, daß Vertreibungspläne schon länger bestanden haben. Der SLÖ-Chef sagte dem Bundespräsidenten auch ganz klar, „wir haben auch ohne sein Grußwort leben können“.

Sagen Sie dem Bundespräsidenten Ihre Meinung in einem Brief (oder einer E-mail) an folgende Adresse:

**Österreichische Präsidentschaftskanzlei
Hofburg, Leopoldinischer Trakt
A-1014 Wien
Email: Heinz.Fischer@hofburg.at**

Offenbarungseid Berlins beim „Netzwerk gegen Vertreibung“

Unglaubliche Vorgänge gingen der Gründung des von Deutschland forcierten „Europäischen Netzwerkes gegen Zwangsmigration und Vertreibung“ in der vergangenen Woche in Warschau voran. Zwei Drittel der eingeladenen Staaten verweigerten den Beitritt zu dem Netzwerk, das im letzten Moment auch noch einen ganz anderen Namen bekam.

Zum Kompetenzstreit zwischen Kulturstaaatsministerin Weiss und dem Auswärtigen Amt bezogen auf die Gründungserklärung des „Netzwerkes gegen Zwangsmigration und Vertreibung“ erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU / CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski MdB: Einen peinlichen Kompetenzstreit zwischen Kulturstaaatsministerin Weiss und dem Auswärtigen Amt beschreibt der „Spiegel“, bezogen auf die Unterzeichnung der Gründungsurkunde für das „Netzwerk gegen Vertreibung“. Für die Bundesregierung ist dies ein Offenbarungseid. Wieder einmal wird deutlich, daß diese Initiative nicht aus eigenem Antrieb heraus erfolgt ist, sondern lediglich das Ziel verfolgt wurde und wird, das von den Unionsparteien unterstützte „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin zu verhindern.

Als die CDU / CSU-Bundestagsfraktion im Jahre 2002 den Antrag zur Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin in den Deutschen Bundestag eingebracht hat, der zum einen auf einer breiten gesellschaftlichen Basis steht und dem zugleich ein fundiertes Konzept für ein solches Zentrum zugrundeliegt, hat Rot-Grün einen konzeptionslosen Gegenantrag gestellt und mehrheitlich verabschiedet.

Heute, fast drei Jahre später, ist festzustellen, daß die Regierungskoalition in der konzeptionellen Umsetzung ihres Beschlusses aus dem Jahre 2002 noch nicht viel weiter gekommen ist.

Die deutsche Bundesregierung sollte sich endlich besinnen und das fundierte Konzept zur Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin unterstützen, so Marschewski. Dieses Zentrum verfolgt das Ziel, die Vertreibungen in Europa im 20. Jahrhundert in einem europäischen Konzept aufzuarbeiten und Vertreibungen weltweit in Gegenwart und Zukunft zu ächten. Es ist höchste Zeit, daß Rot-Grün endlich die Scheuklappen gegenüber diesem Projekt ablegt.

In diesem Zusammenhang rief der stellvertretende Vorsitzende des Verbandes der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs (VLÖ), Gerhard Zeihsel, die österreichische Bundesregierung auf, das Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin zu unterstützen und die durchsichtige „Netzwerk-Aktion“ strikt abzulehnen!

Der Ruf wurde erhört: Bildungsministerin Elisabeth Gehrler (ÖVP) entschied, nicht zur Unterzeichnung der Gründungsurkunde nach Warschau zu reisen. „Aus terminlichen Gründen“, erklärte Gehrers Büroleiter Martin Netzer gegenüber dem „NEUEN VOLKSBLATT“, fügt aber auch andere Gründe hinzu. Weder die konkrete Zielsetzung des Netzwerkes, noch dessen Finanzierung seien geklärt. Das ganze Treffen sei, so Netzer, „ein bißchen schlecht vorbereitet worden“. Weder mit dem Bildungs-, noch mit dem Außenministerium habe es Gespräche über den Text des Gründungsdokumentes gegeben. Das Berliner Kulturministerium habe lediglich verschiedene Entwürfe nach Wien gefaxt. Österreich wird nun bei der Gründung des Netzwerkes nur mit seinem Botschafter in Warschau vertreten sein. Und auch der wird nur als Beobachter an der Veranstaltung teilnehmen, aber nichts unterschreiben. Somit wird die Initiative außer von Deutschland und

Polen nur noch von Ungarn und der Slowakei mitgetragen.

Zwar sind die Vertriebenen grundsätzlich daran interessiert, daß der Nachkriegsvertreibungen gedacht und Initiativen gegen eine Wiederholung der Geschichte gestartet werden, Ministerin Weiss aber verdächtigen sie eines ganz anderen Motives: In Wahrheit geht es ihr mit dem Netzwerk darum, die von der CDU / CSU unterstützten Pläne des deutschen Vertriebenenverbandes für die von Polen und Tschechien strikt abgelehnte Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin zu durchkreuzen.

Am Tag vor der Unterzeichnung der Gründungsurkunde wurde die vorerst letzte Peinlichkeit bekannt: Das Netzwerk wurde nämlich im letzten Moment umbenannt: Es heißt nun „Europäisches Netzwerk Erinnern und Solidarität“. Die Begriffe Zwangsmigration und Vertreibung sind gestrichen worden, weil im Verlauf der Gespräche deutlich geworden sei, „daß das eine unnötige Einschränkung gewesen wäre“, so Dietrich von der Schulenburg gegenüber dem „VOLKSBLATT“. Es geht jetzt offenbar auch gar nicht mehr in erster Linie um eine Aufarbeitung der Vertreibungen der Altösterreicher und Deutschen nach dem Krieg. Laut Schulenburg geht es „um die Thematik der totalitären Diktaturen im letzten Jahrhundert, das Kriegsgeschehen und das Leiden der Zivilbevölkerung“.

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ) sah sich ihrer anfänglichen Ablehnung des „Netzwerkes“ nun erst recht bestätigt. „Man erklärt das Vertreibungsthema weiter zum Tabu, um keine Konsequenzen aus den Verbrechen an den Vertriebenen ziehen zu müssen“, so der SLÖ-Bundesobmann Gerhard Zeihsel.

Wir haben gelesen

Karl Raab: „Beute-Deutsche“. 420 Seiten, Paperback. ISBN 3-8301-0325-5. Erschienen im R. G. Fischer Verlag, Orber Straße 30, 60386 Frankfurt / M. Preis: € 18,-.

Als Hitler in den Jahren 1938 / 39 die Ostgrenze des Dritten Reiches mit Hilfe von Propaganda und Krieg weiter nach Südosten und Osten verschob und weite deutschbesiedelte Gebiete dem Deutschen Reich einverleibte, entstanden, erdacht von üblen Landsknechtstypen (entsprechend den heutigen Hooligans, Skinheads u. a.), auf dem Gebiet der späteren DDR die Begriffe „Beute-Deutsche“ und „Die su bledn Deutschen“. Gemeint waren u. a.: Die Ostmeckerer (Ostmärker = Österreicher), die su bledn Deutschen (Sudetendeutschen) und die Warthegauner (Warthegauer), die auf solch abwertende Weise bezeichnet wurden. Natürlich fielen unter diese Begriffe u. a. auch die Südtiroler, die Banater Schwaben, die Siebenbürger, die Rußlanddeutschen und die Elsässer.

Es handelt sich um zirka 15 bis 20 Millionen Menschen mit deutscher Muttersprache, welche auf diese Weise diskriminiert und als „Volksgegnossen zweiter Klasse“ eingestuft wurden.

Der Autor, als Bürger der Habsburger Monarchie im Jahre 1915 geboren, wurde 1918 zum tschechoslowakischen Staatsbürger gemacht. Er erlebte seine Jugend- und Schulzeit unter der Herrschaft der Hussiten (Tschechen). Er mußte 1937 / 38 für ein Jahr in der tschechischen Armee dienen, bevor er 1938 zum Reich kam und zur Wehrmacht eingezogen wurde. Seinem kritischen Verstand blieb es nicht verborgen, daß man vom hussitischen Regen in die nazistische Traufe gekommen war. Die Behandlung und Titulierung als „Beute-Deutscher“ weckte in ihm eine Oppositionshaltung und kritische Skepsis, die ihn zum Gegner des NS-Regimes werden ließ. Zwar waren seine Einflußmöglichkeiten als Soldat beschränkt, aber der Wille zum Überleben und etwas Glück überwand viele Schwierigkeiten.

Gedenken

Es ist zweifellos richtig, ja geradezu notwendig, sich zu erinnern – und dankbar zu sein, in einem demokratischen, weitgehend freien Staat leben zu dürfen.

Den Aussagen in Erich Kästners Gedicht: „Wenn wir den Krieg gewonnen hätten... gott-seidank gewannen wir ihn nicht!“ ...kann man nur vorbehaltlos zustimmen, es ist unvorstellbar, nach acht Jahren erlittener Naziherrschaft, heute noch unter diesem Unrechtsregime vegetieren zu müssen.

Aber: Wo bleibt das Gedenken „60 Jahre Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten“? Das darf nichts mit gegenseitigem Aufrechnen zu tun haben, das wäre unzulässig und völlig verfehlt. Tatsache ist aber, daß jeder beteiligte Staat für eigene verübte Verbrechen einzustehen hat! Sollen die gemeinsamen europäischen Werte weiter „so ernst“ wie bisher genommen werden? (Tschechien trotz Dekreten, Amnestiegesetz etc. Vollmitglied!?)

Nur ein Beispiel: Wir Sudetendeutsche lebten seit mehr als tausend Jahren in überwiegend geschlossenen von uns entwickelten Gebieten Böhmens, Mährens und Sudetenschlesiens friedlich mit unseren slawischen Nachbarn. 1918 wurden wir gegen unseren ausdrücklichen Willen und gegen Wilsons Proklamation „Selbstbestimmung allen Völkern“ in die CSR gezwungen, dort zwanzig Jahre lang größtenteils unterdrückt, schwer benachteiligt. Höhepunkt der grausamen Geschichte war aber nach dem Naziterror, nach Kriegsende, die Vertreibung. Allein von dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen wurden mehr als drei Millionen brutalst vertrieben, beraubt, mehr als 241.000 kamen dabei ums Leben. – Dennoch haben unsere Beauftragten in der „Charta der Deutschen Vertriebenen“ schon 1950 – ergänzt und bekräftigt 1960 – feierlich jeder Rache, Vergeltung abgeschworen, den ernstesten Willen zur Versöhnung bekundet. Statt darauf positiv einzugehen, wurden wir bis heute von den Vertretern nur verunglimpft, beleidigt, gedemütigt.

Im Bewußtsein, Kollektivschuld gibt es nicht, sehr wohl aber kollektive Mitverantwortung, habe ich es ehrlich begrüßt, daß Überlebende, Nachkommen unserer so unmenschlich verfolgten jüdischen Mitbürger und ande-

rer schwer Mißhandelter, entschädigt wurden und noch werden.

Kehrseite: Ist es gerecht, politisch korrekt, uns deutschen Vertriebenen (insgesamt mehr als 16 Millionen) auch jetzt noch jede Entschädigung seitens der inzwischen demokratischen? Vertreiberstaaten oder entsprechende Solidarität / Unterstützung seitens der Mehrheit nicht vertriebener Landsleute vorzuenthalten? Leider haben auch weder Deutschland noch Österreich ihre Schutzmachtverpflichtungen uns vertriebenen Mitbürgern gegenüber erfüllt, obwohl das bei jeder Verteidigung einer neuen Regierung eindeutig vorgegeben ist. Sollen allen Ernstes wir für die unfabaren Naziverbrechen Hitlers weiterhin am schwersten büßen? Lothar Riedel, Graz

Ausgleich fordern!

„Vertreibung überwinden – Ausgleich schaffen“ – welch „aussagekräftiges“ Leitwort für den diesjährigen Sudetendeutschen Tag in Augsburg. Es dürfte wohl kaum Zweifel am Sinn dieses Slogans geben. Wir sollen überwinden, also die Vertreibung aus unserer Erinnerung streichen, die alte Heimat aufgeben, vergessen, das Thema nicht mehr zur Sprache bringen.

Wer soll für wen einen Ausgleich schaffen? Hätten wir nicht eher das Recht, einen Ausgleich zu fordern?

Dieses von unserer SL gewählte Motto bestätigt eine gewisse Unterwürfigkeit gegenüber dem Vertreiberstaat und kann nicht als Versöhnungsgeste verstanden werden. Unsere tschechischen Nachbarn dürften sich über unser nunmehr „offen bekundetes Entgegenkommen“ freuen.

Es ist offensichtlich, daß unsere Interessenvertretung, die Sudetendeutsche Landsmannschaft, auf die Linie der Bundesregierung eingeschwenkt ist, von der wir ohnehin nur noch als störende Randgruppe bezeichnet werden. Daß die Vertriebenen einen großen Anteil am Wiederaufbau des heutigen Deutschland haben und letztendlich auch Deutsche sind, interessiert unsere Oberen nicht. Ihr Interesse

Tribüne der Meinungen

gilt nur noch der Osterweiterung bis hinein in den asiatischen Raum.

Zum Glück gibt es noch einige wenige mutige Landsleute, die es wagten, die ihnen von der SL zugesandten Aufkleber mit obigem Slogan unter Protest nach München zurückzuschicken. Ein Betroffener wird diese Vertreibung niemals überwinden können und schon gar nicht bereit sein, einen Ausgleich zu schaffen. Wenn die SL in ihren Aktivitäten schon nicht gerade als vorbildlich zu bezeichnen ist, so hätte man doch ein wenig mehr Phantasie in der Wahl eines Leitwortes von ihr erwarten können.

Eleonore Bolter, D-Karlsruhe

Netzwerk der Schuld

Die Berichte über die furchtbaren Ereignisse in den ersten Wochen und Monaten nach Ende des Zweiten Weltkrieges in den deutschsprachigen Gebieten der ehemaligen Tschechoslowakei sind endlos und erschütternd. Neben den Greueltaten, die durch sogenannte Partisanen oder durch rachelüsterne tschechische Einzelpersonen begangen wurden, gab es das viel schrecklichere, anscheinend doch zumindest teilweise organisierte Wüten durch sogenannte Revolutionsgarden und Schnellgerichte. Es stellt sich die Frage, welche staatliche Instanz ermächtigte diese Mördergruppierungen zur Verhängung und sogar Vollstreckung von Todesurteilen? Waren es nur die blutrünstigen Hetzreden des Präsidenten Beneš (z. B. in Tabor), die den Mördern an unschuldigen Deutschen als Legitimation für ihre Schandtaten dienten, oder gab es doch verantwortliche staatliche Instanzen, die den Rachevollzug an den Deutschen anordneten? Wer waren innerhalb dieser Instanzen die verantwortlichen Personen? Das abschreckende Beispiel des Blutgerichtes von Landskron ist allgemein bekannt. Im kleineren Rahmen spielten sich derartige „Gerichtsszenen“ selbst in entlegenen Gebirgsdörfern ab, in denen nie ein Tscheche wohnte, dem jemals hätte Leid oder Unrecht von deutscher Seite widerfahren kön-

nen! Man muß daher annehmen, daß es für die verschiedenen sudetendeutschen Gebiete auf tschechischer Seite sehr wohl verantwortliche Stellen mit verantwortlichen Personen gab, die den Massenmord an der deutschen Bevölkerung anordneten. Diese Strukturen nachzuweisen und daraus EU-rechtliche Konsequenzen zu ziehen, müßte unter Mithilfe der doch angeblich so sorgfältig geführten tschechischen Archive auch heute noch möglich sein! DI. Wilhelm Riedel, Wien

Dankbar

Von der Kulturdirektion der oberösterreichischen Landesregierung wurde mir auf Vorschlag des Herrn Landeshauptmannes Dr. Josef Pühringer für mein Heimatbuch „Hödnitz, ein deutsches Dorf in Südmähren“ ein Druckkostenzuschuß in der Höhe von 500 Euro zugesprochen, wofür ich dem Herrn Landeshauptmann und der oberösterreichischen Landesregierung auch auf diesem Wege herzlichst danken möchte.

Mit zunehmendem zeitlichem Abstand geraten unsere südmährische Heimat und die grausame Vertreibung im Jahre 1945 immer mehr und mehr in Vergessenheit, deshalb habe ich auf Bitten meiner Landsleute hin festgehalten, was ich bei der Erforschung der Geschichte meines Heimatortes Hödnitz und Südmähren erkundet und gesammelt habe. Gedacht war mein Heimatbuch vor allem zur Auffrischung der Erinnerung für jene, die als Kinder die Vertreibung miterlebten, jedoch heute nur noch eine verschwommene Vorstellung von Hödnitz und unserer ehemaligen Heimat haben. Mein Buch richtet sich aber auch an die bereits in der Fremde Geborenen, denen ich in Bild und Text das Kennenlernen der ehemaligen Heimat unserer Väter und Vorfahren ermöglichen möchte. Interessanterweise war es vor allem die Enkelgeneration, die am meisten am Kennenlernen unserer alten Heimat interessiert war.

Ich habe mich bemüht, aus alten Aufzeichnungen und Foto-Aufnahmen ein Geschichtsbild von unserem alten Heimatort im Rahmen der Geschichte von Südmähren zu erstellen.

In OÖ. haben viele Heimatvertriebene, darunter viele Südmährer, eine neue Heimat wieder gefunden, wozu sie von der Landesregierung stets unterstützt wurden.

Dr. Josef Schwarz, Oberpullendorf

Klage wegen Völkermordes vor internationale Gerichte!

„Preußische Treuhand“ und „Sudetendeutsche Initiative“ haben in den letzten Monaten die Eigentumsansprüche der Vertriebenen in das öffentliche Bewußtsein gerufen. Den für diese Aktivitäten Verantwortlichen gebührt unser Dank. Erst dadurch sind Satzungsziele des

Von Roland Schnürch

Bundes der Vertriebenen und der Landsmannschaften, die teilweise schon etwas verschüttet waren, aktualisiert worden.

Auch der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber hat sich in einem Neujahrsgruß an die Sudetendeutschen dazu geäußert, wenngleich man seiner Auslegung nicht zustimmen kann. Ich zitiere daraus: „Die Vertreibung war völkerrechtswidrig und sie war ein großes Unrecht. Daran ist nicht zu rütteln. Es ist aber auch 60 Jahre her, daß nun Tschechen dort in der alten Heimat der Sudetendeutschen Eigentum und Heimatrecht erworben haben. Inzwischen lebt dort die zweite und dritte Generation. Niemand will diesen Menschen etwas wegnehmen. Das sollen sie wissen und das sollten wir ihnen auch immer wieder sagen.“

Sinnigerweise bringt die „Sudetendeutsche Zeitung“ direkt neben dem Neujahrsgruß einen Beitrag des SL-Bundesvorsitzenden Bernd Posselt, in welchem er „für die praktische Arbeit auf allen Ebenen, von der Ortsgruppe bis hin zur Europäischen Union und zum weltweiten Kampf für eine gerechte Ordnung vor allem fünf Ziele (sieht)“. Das sind: 1. Erhaltung unserer Gemeinschaft, 2. Kulturelle Identität, 3. Geschichtliche Wahrheit, 4. Völkerverständigung und 5. Mitarbeit an einer internationalen Ordnung.

Die Konkretisierung auf diese Ziele überascht, denn sie waren schon immer Bestandteil unserer Arbeit. Vorrangig sind aber die Sat-

zungsziele der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die da heißen: „Den Rechtsanspruch auf die Heimat, deren Wiedergewinnung und das damit verbundene Selbstbestimmungsrecht der Volksgruppe durchzusetzen; das Recht auf Rückgabe bzw. gleichartigen Ersatz oder Entschädigung des konfiszierten Eigentums der Sudetendeutschen zu wahren.“ Sollten wir uns nur noch den Posseltschen fünf Zielen widmen, werden zwar die Angriffe auf uns als Problemgruppe zurückgehen, wir werden aber allmählich zum deutsch-tschechischen Versöhnungsverein mutieren.

Dann werden wir aber nicht mehr fähig sein, uns gegen derartige falsche Auslegungen unserer Rechtspositionen, wie sie Edmund Stoiber in seinem Neujahrsgruß vornimmt, zur Wehr zu setzen. Warum ist die Stoibersche Bewertung des Eigentums falsch?

Das Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen (VermG), ein Bestandteil des Einigungsvertrages, regelt vermögensrechtliche Ansprüche von Bürgern und Vereinigungen, die in der Zeit vom 30. Jänner 1933 bis 8. Mai 1945 aus rassischen, politischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen verfolgt wurden und deshalb ihr Vermögen verloren haben. Eine von Bundesfinanzminister Theo Waigel im Jahre 1997 als Neuausgabe veröffentlichte Beispielsammlung behandelt die Frage: „Meine Eltern wurden als jüdische Bürger 1938 von den Nationalsozialisten gezwungen, ihr Grundstück zu verkaufen... Kann ich als Erbe meiner verstorbenen Eltern die Rückübertragung des Grundstückes verlangen?“ Die Antwort in dieser Beispielsammlung lautet: „Grundsätzlich kann die Rückübertragung dieser Vermögenswerte oder die Zahlung einer Entschädigung beansprucht werden.“ Dies gilt auch dann, wenn der betreffende Vermögenswert später unter so-

wjetischer Besatzungshoheit dem Käufer als neuen Eigentümer entzogen und zum Beispiel als „Volkseigentum“ einer Kommune zugeführt wurde.

Mit dem vorstehenden Beispiel wird nach 61 Jahren eine Rückübertragung bzw. Entschädigung geregelt. Warum Herr Stoiber nach 60 Jahren eine andere Rechtsauslegung bei den im Zuge eines Völkermordes vertriebenen und enteigneten Sudetendeutschen vertritt, ist sein Geheimnis.

Bei dieser Gelegenheit müssen wir sowohl Frau Steinbach wie auch Herrn Posselt den Unterschied von Klageberechtigung und Unterstützung der Kläger einmal sehr deutlich machen. Tatsächlich können nur natürliche oder juristische Personen klagen bzw. Ansprüche stellen, aber sowohl SL wie auch BdV sind aufgrund ihrer Satzungen verpflichtet, das nicht nur wohlwollend zur Kenntnis zu nehmen, sondern auch zu unterstützen. So sind die derzeit anhängigen Klagen (Rechtsanwalt Gärtner oder Preußische Treuhand) nicht nur Privatsache der Kläger, sondern tangieren die satzungsrechtlich geregelten Aufgaben der Verbände.

Aus diesem Teufelskreis werden wir nur herauskommen, wenn wir endlich den Völkermord von 1945 vor internationale Gerichte bringen. Die Bundesrepublik Deutschland ist der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes vom 9. Dezember 1948 im Jahre 1954 beigetreten und hat den § 220a Strafgesetzbuch eingeführt, der die Strafverfolgung des Täters ohne Rücksicht auf die Belegenheit des Tatortes vorsieht (zitiert nach Herbert

Czaja, Materialien zu Oder-Neiße-Fragen, Bonn 1982). Professor Felix Ermacora schrieb in der Einleitung zu seinem Gutachten „Die Sudetendeutschen Fragen“ (München 1992): „Völkermord ist keine Erfindung des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses. Den Tatbestand hat es immer gegeben, früher als Barbarei gekennzeichnet. Dieser klare Tatbestand ist wichtig, weil er eine klare abendländische Schlußfolgerung nach sich zieht: a) er verjährt völkerstrafrechtlich nicht und b) macht Konfiskationen im Zuge eines Völkermordes ungültig; Eigentumsverluste sind in diesem Fall nicht nur zu entschädigen, sondern Eigentum ist zurückzugeben.“ Das Gutachten von Ermacora vom 22. Mai 1991 befaßt sich nur mit sudetendeutschen Fragen. „Die Ausführungen, insbesondere zur Vertreibung und Vermögenskonfiskation, sind aber auf die deutsch-polnische Problematik unterschiedslos übertragbar.“ (Dieter Blumenwitz, Das Offenhalten der Vermögensfrage in den deutsch-polnischen Beziehungen, Bonn 1992, S. 51). Zur Eigentumsfrage wird in Vertriebenenkreisen leider auch mit dem Verbot einer rückwirkenden Anwendung von Gesetzen operiert (ratione temporis), wobei bei der Eigentumsfrage fälschlicherweise Art. 1 (Eigentum) des Zusatzprotokolls vom 20. März 1952 zur Europäischen Menschenrechtskonvention genannt wird; die Enteignung habe doch 1945/1946 stattgefunden.

Dabei dauert Vertreibung und Enteignung bis heute an, da nicht rückgängig- und wiedergutmacht.

Blicken wir also nach vorn und packen wir es an! Es gibt noch viel zu tun.

FPÖ-Rosenkranz äußerte sich nach Schüssels Prag-Besuch enttäuscht

Die FPÖ-Vertriebenensprecherin Barbara Rosenkranz hat sich enttäuscht über den jüngsten Prag-Besuch von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP) geäußert. Zu den Themen Beneš-Dekrete und Temelin habe es wieder einmal nur diffuse Beschwichtigungen gegeben, aber keine einzige konkrete Äußerung, kritisierte die Nationalratsabgeordnete.

Nach Meinung von Rosenkranz hätte Schüssel die tschechische Regierung auffordern müssen, endlich konkrete Aktivitäten zur Abschaffung der Beneš-Dekrete zu setzen. Darauf zu vertrauen, daß „die Tschechische Republik hier ihre Akzente setzt“, genüge nicht. Tschechien müsse endlich handeln und einen Schlußstrich unter diese „unseligen Dekrete“ ziehen, die die rechtliche Grundlage für die Vertreibung und Ermordung hunderttausender Menschen dargestellt hätten. Der 60. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkriegs wäre der geeignete Anlaß, die Dekrete endlich abzuschaffen und „zum toten Unrecht“ zu erklären. Leider habe Schüssel jegliche konkrete Forderung in diese Richtung tunlichst vermieden.

Auch zum südböhmischen Atomkraftwerk Temelin hätte der Bundeskanzler deutlichere Worte sprechen müssen, meinte Rosenkranz. Dieses AKW sei nach wie vor ein enormer Unsicherheitsfaktor und stelle eine Bedrohung der Gesundheit der Österreicherinnen und Österreicher dar.

Die tschechische rechtskonservative Tageszeitung „Lidove noviny“ kommentierte Schüssels Besuch folgendermaßen: „Der kleine österreichische Kanzler kam endlich und sprach. Er

lachte, als ob es den kalten diplomatischen Temelin- und Haider-Krieg zwischen Tschechien und Österreich nie gegeben hätte. Dabei steht (das Atomkraftwerk) Temelin weiter, und beide Atomreaktoren laufen mit voller Kraft. Auch die Haider-Leute sind bis heute in der Regierung Schüssels, und ihr bräunliches Denken bekundet sich fast genauso oft wie die Pannen in dem vor fünfzehn Jahren erbauten südböhmischen Wunder (Temelin, Anm.). Nicht einmal die österreichischen Sudetendeutschen verschwanden, die nach dem Stillwerden ihrer Freunde in München die Quelle besonders ungeheuerlicher an die Adresse des beneš-dekretierten Tschechiens geschickter Schimpfwörter blieben.

Auch Wolfgang Schüssel sagte in Prag das Seine. Tschechische Gastarbeiter wird er nicht nach Österreich hineinlassen, soweit es möglich sein wird. Und das wird sieben Jahre lang dauern. Lächelnd fügte der Kanzler hinzu, daß es ihm besser gefiele, wenn die Tschechen direkt von den in Tschechien tätigen österreichischen Firmen beschäftigt würden. Die Tschechen bleiben zu Hause und die Österreicher verdienen noch daran. Wir machen es für Euch, so ist es für Euch besser, behauptete der Kanzler gestern unwiderstehlich und mit der Klugheit gepflegter Hofburg-Diplomatie.

Mit einer unauffälligen Bemerkung über das Differenzieren (zwischen den Schuldigen und Nicht-Schuldigen, Anm.) unterstützte er auch die Entschädigung jener vertriebenen Sudetendeutschen, die gegen den Nationalsozialismus gekämpft hatten. Dies alles aber nur irgendwie am Rande. ...“

Oberösterreich und Südböhmen feiern Stifter gemeinsam

Oberösterreich und der Landkreis Südböhmen wollen gemeinsam die bevorstehenden Feierlichkeiten zum 200. Geburtstag von Adalbert Stifter finanziell unterstützen. Dies teilten in Linz der oberösterreichische Landeshauptmann Josef Pühringer und sein südböhmischer Amtskollege Jan Zahradník mit. In Zusammenarbeit beider Seiten wird ein Kulturprogramm vorberei-

tet, das der Öffentlichkeit Stifters literarisches Werk näherbringen soll. Zum Auftakt der Feierlichkeiten, in deren Rahmen einhundertdreißig Veranstaltungen vorgesehen sind, wird am 28. Jänner, dem 138. Todestag des in Oberplan (Horní Plana) im Böhmerwald geborenen Adalbert Stifter, eine Festversammlung in Linz stattfinden.

Sudetendeutsches Gedenken

zum 86. Jahrestag des Bekenntnisses zu Österreich
und zum Selbstbestimmungsrecht
„60 Jahre Vertreibung – die Heimat wieder näher durch EU“
Samstag, 5. März 2005, 15.00 Uhr
im Kongreßhaus in Wien 5, Margaretengürtel 138-140

Zum Gedenken an diese ersten Blutopfer unserer Volksgruppe wird eine **Blutspendeaktion** am Freitag, 4. März 2005 von 15.00 bis 17.00 Uhr, in der Blutspendezentrale des Roten Kreuzes, Wien 4, Wiedner Hauptstraße 32 (mit Parkmöglichkeiten), durchgeführt.
Daran kann jedermann im Alter von 18 bis 65 Jahren teilnehmen.

Erweiterte Bundesvorstandssitzung am 5. März 2005 in Wien

Am Samstag, dem 5. März 2005, findet in der Zeit von 10.00 bis etwa 14.00 Uhr im Kongreßhaus, A-1050 Wien, Margaretengürtel 138-140, eine **ERWEITERTE BUNDESVORSTANDSSITZUNG** statt.

Videopräsentation: „60 Jahre Vertreibung – 50 Jahre VLÖ“

Anläßlich des Gedenk- und Festaktes „60 Jahre Vertreibung – 50 Jahre VLÖ“ im November vergangenen Jahres brachte der Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften (VLÖ) eine Videopräsentation über die fünfzigjährige Geschichte des Verbandes und seine Bemühungen heraus.

Noch einmal wird, mit Bildern illustriert, die Vertreibung und die erst mühsame Integration der Volksdeutschen in Österreich in Erinnerung gerufen. Am Anfang der Arbeit standen die Bereitstellung der primitivsten menschlichen Bedürfnisse wie Behausungen. Erst in den fünfziger Jahren konnten die Volksdeutschen ihre Berufe ausüben. Dann dauerte es nochmals lange, bis sie die Staatsbürgerschaft erhielten. Jahrelang kämpfte der VLÖ für einen Lastenausgleich.

Die Jahre nach 1989 waren geprägt von der Gründung des „Hauses der Heimat“ bis hin zum Kampf, von den EU-Beitrittskandidaten und Nachfolgestaaten der ehemaligen Donaumonarchie endlich moralisch und wirtschaftlich entschädigt zu werden. Das alles sehen Sie in einer ungefähr 15 Minuten dauernden Präsentation. Der VLÖ hat diese

DVD vervielfältigt und bietet sie nun zum Preis von € 5.-, zuzüglich Versandkosten, oder direkt im „Haus der Heimat“ an.



Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs, „Haus der Heimat“, Steingasse 25, 1030 Wien, Telefon: 01/718 59 05, markus.freilinger@chello.at.

„Právo“, 1. 11. 2003: „Als die Tschechen aus den Sudeten davonliefen“

Im 5. Teil der Fernsehserie „Die große Flucht“ zeigte das ZDF am 18. 12. 2001 unter anderem eine kurze Szene aus dem Grenzgebiet der Tschechoslowakei: Abziehende Tschechen ins Landesinnere 1938; Gespanne, beladen mit Hausrat. Dazu der Fernsehton: „200.000 Tschechen mußten aus ihrer Heimat fliehen.“ An-

Von Von Josef Weikert

dere Veröffentlichungen sprechen von 200.000 Tschechen, die aus ihrer Heimat „vertrieben wurden; eine tschechische Stereotype, die von der deutschen öffentlichen Meinung – und nicht nur von dieser – willfährig weitergegeben wird.

Etwas zurückhaltender drückt sich die Schrift der tschechisch-deutschen Historikerkommission: „Konfliktgesellschaft – Katastrophe – Entspannung“ aus, ohne dabei im einzelnen auf Zahlen einzugehen. Zitat: „Dabei kam es auch zu Fluchtbewegungen und einer Vertreibung deutscher Gegner des Nazismus, der Juden und vieler im Grenzgebiet niedergelassener Tschechen.“ Der tschechische Zeitzeuge Vladimír Novák schrieb in seinem Beitrag „Vzpomínky“ (Erinnerungen) in dem vom Pilsener Verlag Grafia im Jahr 2004 herausgebrachten Büchlein „bylo mi 13“ (ich war 13): „Diese Bedrohungen und unsere Kapitulation nötigten hunderte tschechischer Familien zum Verlassen ihrer Heimstätten und zum Umzug ins Landesinnere.“

Tatsächlich setzte ab September 1938 eine Bevölkerungsmigration ein, die bis in den Dezember 1938 anhielt. So flohen aus dem Grenzgebiet auf deutsches Reichsgebiet zunächst exponierte Deutsche, tschechoslowakische Wehrpflichtige deutscher Nationalität, aber auf den Rat der deutschen Gesandtschaft in Prag auch Frauen und Kinder; umgekehrt flohen ins Landesinnere exponierte Tschechen, deutsche Antifaschisten und Juden; einige flohen auch ins Ausland.

Neben dem Abzug tschechischen Militärs und weiterer Sicherheitsorgane kam es auch zum Rückruf weiterer Staatsbediensteter; alleine für den Bereich der Post und Bahn gibt F. P. Habel in seinem Buch „Eine politische Legende“ (S. 74) etwa vierzigtausend Tschechen an. Übrigens kehrte ein Teil der Geflohenen wieder in das an das Deutsche Reich abgetretene Gebiet zurück.

Absolute Betroffenenzahlen werden nirgendwo evidiert; die meisten Angaben sind daher weiterführende Schätzungen. Die im Jahr 1992 im Verlag „Erika“ in Český Těšín (Teschen) herausgebrachte Schrift „komu sluší omluva“ gibt bis Ende 1938 folgende Flüchtlingszahlen aus dem böhmischen und dem mährischen Grenzgebiet an: 114.577 Tschechen, 11.647 deutsche Antifaschisten, 7325 Juden und rund 1000 sonstige Nationalitäten. Setzt man die Summe 134.549 Personen mit hundert Prozent an, so verteilt sich die Nationalität der Flüchtlinge auf 85,17 Prozent Tschechen, 8,65 Prozent Deutsche, 5,44 Prozent Juden und 0,74 Prozent sonstige Nationalitäten. (Nach einer anderen Quelle werden auch 14.925 Juden angegeben, von denen sich jedoch nur ein Bruchteil zur jüdischen Nationalität bekannt hat).

Die tschechische Zeitung „Právo“ vom 1. 11. 2003 schrieb im Beitrag: Když Češi utíkali ze Sudet (Als die Tschechen aus den Sudeten davonliefen) unter anderem: „Erhaltene Erinnerungen bestätigen, daß die deprimierte Mehrheit der Flüchtenden so handelte aus berechtigter Angst vor dem feindlich gesinnten Okkupationsregime, vor Verfolgung und direktem Terror. Es ist wahr, daß nur ein Bruchteil von ihnen direkt und physisch vertrieben oder amtlich ausgesiedelt wurde; in den übrigen Fällen handelte es sich um einen Weggang aus so oder so genötigten Umständen, insbesondere dem Verlust der Beschäftigung und Bedrohung der Existenz, der Gesundheit und des Lebens als Folge der durch die Henleinleute (henleinovci) hervorgerufenen Psychose.“ Das Blatt fährt fort: „Die Gesamtzahl der Flüchtlinge ist niemals genau festgestellt worden. Nach einer amtlichen Mitteilung des Innenministeriums, die sich auf bis 3. 12. 1938 abgegebene Fragebogen stützte, wurden in den böhmischen Ländern aus dem Grenzgebiet ins Landesinnere 151.997 Personen ausgesiedelt... Dabei handelt es sich bei weitem nicht nur um Staatsbedienstete, sondern auch um weitere Bevölkerungsschichten – 23.000 Arbeiter, 8000 Gewerbetreibende, 1000 Landwirte... Da nur ein Teil der Vertriebenen Zuflucht fand bei Verwandten, Freunden und Bekannten, wurden auf Weisung des Innenministeriums auf dem Gebiet der beschnittenen Republik 80 Sonderlager eingerichtet. Den Flüchtlingen halfen freiwillige Organisationen wie das ‚Rote Kreuz‘ oder Pfadfinder (Skauts). Die meisten Menschen strebten nach Prag, das auf einen derart großen Ansturm nicht vorbereitet war. Beim Prager Magistrat entstand augenblicklich eine sogenannte Evakuierungskommission... die für die Flüchtlinge ein ganzes Stadion bereitstellte, viele Schulen, das sogenannte ‚Deutsche Haus‘, Dienste an allen Bahnhöfen und Einfallsstraßen (wo die Menschen zu Fuß oder mit Pferdegespannen ankamen), tausende Strohsäcke und Decken, Unterkunft, Verpflegung, hygienische Einrichtungen, Gesundheitsdienste... Der Aufenthalt in Prag war auf drei Tage beschränkt, so daß eine Umsetzung in die Bezirke vorgenommen werden mußte... Das Bezirksamt von Raudnitz a. d. Elbe gab Ende Oktober 1938 das folgende Rundschreiben heraus: ‚Die Gemeindeämter kümmern sich um Personen, sofern diese mittellos sind, mit Unterkunft und Gemeinschaftsverpflegung. Die maximale Belastung darf pro Person und Tag 8 Kč nicht überschreiten... Am 1. November 1938 brachte die zeitgenössische Presse die Nachricht, daß die Vertriebenen mit ihren Familien nahezu 6000 Waggons bewohnten... nach weiteren fünf Tagen brachten alle Zeitungen die Meldung, daß der Landespräsident von Böhmen den Flüchtlingen bei Strafandrohung untersagte, sich in Prag, in den Bezirken Prag-Land, Podiebrad sowie in der Nachbarschaft zur Demarkationslinie niederzulassen.“ Soweit die Zeitung „Právo“.

In etwas vereinfachter Form gingen tschechische Behörden mit den geflohenen deutschen Antifaschisten um. „Unter Ausnutzung der turbulenten Situation, dirigierte sie ganze Zugladungen exponierter deutscher Demokraten zwangsweise in das Gebiet zurück, das von den

deutschen Truppen und der ihnen folgenden Gestapo besetzt werden sollte“ (aus: J. W. Brügel, „Tschechen und Deutsche 1918 – 1938“).

Da in der sogenannten 5. Zone eine Volksabstimmung erwartet wurde, wurden hier lebende Tschechen aufgefordert, das Gebiet nicht zu verlassen, um die tschechische Ethnie nicht zu schwächen (Lidové noviny, 2. 10. 1938: „... Das Landesamt in Prag macht darauf aufmerksam, daß die Bevölkerung aus dem Grenzgebiet seine Wohnorte nicht zu verlassen hat, weil es unter keinen Umständen zulässig ist, ins Binnenland zu ziehen. Alle Flüchtlinge werden in ihre Heimorte zurückgeschickt“). Das Blatt „Národní politika“ vom 7. 10. 1938 brachte dazu das Bild: „Flüchtlinge kehren in ihre Wohnorte im besetzten Gebiet zurück.“ Zwar kam es in der gemischtsprachigen 5. Zone zu keiner Volksabstimmung; der Grenzverlauf war vielmehr durch die Kommission des britischen Vermittlers Lord Runciman vorgegeben. Einzelheiten wurden von einer gemischtsprachigen Grenzziehungskommission festgelegt. Noch bis Ende November 1938 kam es in Einzelfällen zu einem Gebietsaustausch.

So wurde das von der deutschen Wehrmacht besetzte ostböhmisches Städtchen Polička am 24. 11. 1938 wieder von tschechischem Militär übernommen (aus: F. P. Habel, „Eine politische Legende“ S. 270). Als bekannt wurde, daß der zu Littitz bei Pilsen gehörende Ortsteil Walcha ebenso wie der Bahnhof Littitz (heute Station Walcha bei Pilsen) wieder an die Tschechoslowakei zurückgegeben wird, zogen die hier lebenden Deutschen am 22. und 23. 11. 1938 in den von der deutschen Wehrmacht besetzten Hauptort Littitz um. Ortsteil und Bahnhof wurden am 24. 11. 1938 von tschechischen Sicherheitskräften besetzt (aus: „Land an der Mies“ – Heimatbrief, Mai 2002). Derselben Quelle zufolge (Tagebuchaufzeichnung des Littitzer Landwirts Josef Martinek) mußten am 22. 10. 1938 der einzige Jude aus Littitz sowie ein tschechischer Schneider, der eine Jüdin zur Frau hatte, den Ort verlassen. Am 27. 10. 1938 wurde tschechischen Skoda-Arbeitern, die nach 1920 aus Pilsen nach Littitz zugezogen waren und die in der „Schafhütte“ wohnten, auf 48 Stunden gekündigt. Am 3. 11. 1938 wurden sieben tschechische Familien, die sich stark an der Hetze gegen Deutsche beteiligt hatten, mit unterschiedlicher Fristsetzung ausgewiesen und am 4. 11. noch einige weitere Familien.

Wie die Zeitzeugin Dobroslava Steigerová, die im Jahr 1930 mit ihren Eltern in den Raum Duppau (heute dem Erdboden gleich) zugezogen war, in der Fernsehserie „Die große Flucht“ am 18. 12. 2001 angab, erlaubten ihnen die deutschen Behörden, nur ihr Mobiliar (und zehn Hühner) mitzunehmen und setzten den Ausreisetermin fest.

Nach einer Vereinbarung zwischen der deutschen und der tschechoslowakischen Regierung vom 23. 11. 1938 über die Wiederaushändigung zurückgelassener Wohnungseinrichtungen und persönlicher Gebrauchsgegenstände konnten „Personen, die im Zusammenhang mit den politischen Ereignissen... unter Zurücklassung beweglichen Eigentums ihren Wohnort oder Aufenthaltsort aus dem Deutschen Reich

in die Tschechoslowakei oder aus der Tschechoslowakei in das Deutsche Reich verlegt haben, ihr zurückgelassenes bewegliches Eigentum nach ihren jetzigen Wohn- bzw. Aufenthaltsort abbefördern.“ Zurückgelassene Immobilien blieben weiter Eigentum der Betroffenen. Es konnte weitervermietet oder verkauft werden.

Diese sogenannte „Vertreibung“ von Tschechen aus den Grenzgebieten im Jahr 1938 unterscheidet sich wesentlich von der späteren Austreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei nach dem Kriege. Während tschechische Politiker gleich nach Kriegsende lautstark die Austreibung der Deutschen verlangten und ins Werk setzten (vgl. Justizminister Prokop Drtina am 18. 5. 1945 im Prager Lucernasaal, Zitat: „Mit der Austreibung [s vyhaněním] der Deutschen müssen wir augenblicklich, auf jegliche Weise beginnen, vor nichts dürfen wir zögern und schwankend werden.“).

Während die Sudetendeutschen gemäß den Präsidialdekreten jeglichen Rechtes beraubt, aus ihren Wohnstätten von Revolutionsgardisten abgeholt – oftmals nur mit dem, was sie am Leib trugen – in Gefängnisse und Lager gebracht oder direkt hin zu den Landesgrenzen getrieben wurden (allein beim sogenannten Brünner Todesmarsch unter Zurücklassung von belegten 800 Todesopfern), beklagen die Tschechen aus dem Verlauf ihrer „Vertreibung“ im Jahr 1938 keinen einzigen Toten, und abgesehen von vereinzelt Übergriffen durch „Henleinordner“, wurde mit ihnen nicht in gleicher Weise umgegangen wie mit den Sudetendeutschen nach dem Kriege. Vielmehr gab es auch Rückrufe tschechischer Staatsbediensteter ins Landesinnere. Deshalb kann man allgemein zwar von Flucht, nicht aber von Vertreibung von Tschechen sprechen.

Das in diesem Zusammenhang gezeigte Bildmaterial ist mißverständlich und manipulierbar. So trägt ein Bild aus dem im Jahr 2002 vom tschechischen Kulturministerium herausgebrachte Büchlein „Rozumět dějinám“ (Die Geschichte verstehen) die Erklärung: „Aus dem durch das Dritte Reich besetzten Gebiete wurden 160.000 bis 170.000 tschechische Einwohner zur Flucht genötigt oder direkt vertrieben.“ (Dabei wurde noch verschwiegen, daß in den angegebenen Zahlen auch deutsche Antifaschisten, Juden und andere Nationalitäten enthalten waren.) Das gleiche Bild in dem von Toman Brod im gleichen Jahr herausgebrachten Buch: „Osudný omyl Edvarda Beneše 1939 – 1948“ (Der schicksalhafte Irrtum Edvard Beneš 1939 – 1948) trägt die Erklärung: „Abgang der Reichenberger Deutschen zum Transport – Frauen, Kinder, Alte“. Inzwischen ist auch die Identität des auf diesem Bild gezeigten Knaben mit dem Vogelkäfig geklärt; es handelt sich um Helmut Prade, geboren am 12. 8. 1931 aus Reichenberg (aus „Landeszeitung“ Nr. 2, v. 20. 1. 2004). Auch ein anderes, mehrfach gezeigtes Bild ist mit verschiedenen Legenden versehen; unter anderem: „Einwohner von Most (Brüx) auf der Flucht ins Landesinnere“ (ČTK-Büro Bonn, 1994); „Evakuierung der tschechischen Bevöl-

Fortsetzung auf der nächsten Seite



Vor dem Terror der Ordner flohen die ersten Tausende tschechischen Einwohner aus dem Grenzgebiet noch vor dem Münchener Abkommen. Die Aufnahme ist vom 18. September 1938 – die Mehrheit von ihnen suchte ihr Heil in Prag. – Kleines Bild: Sudetendeutsche Ordner führen tschechoslowakische Beamte, Sozialdemokraten und Kommunisten ab, die nach der Einnahme des Grenzgebietes Anfang Oktober festgenommen wurden.



Das vorstehende Bild mit dem Untertitel „Flüchtlinge kehren in ihre Heime im besetzten Gebiet zurück“ ist der „Národní politika“ vom 7. 10. 1938 entnommen. Zum gleichen Bild teilte das ČTK-Büro in Bonn im Jänner 1994 mit: „Einwohner von Most (= Brüx) auf der Flucht ins Landesinnere.“

Fortsetzung von Seite 6

kerung aus den von der deutschen Armee in den ersten Tagen des Oktober 1938 okkupierten Grenzlanddistrikten" (englisch von Čtk 1968) – nach F. P. Habel, „Eine politische Legende“ Seite 271 und 272.

Das gleiche Bild brachte aber auch die Zeitung „Národní politika“ am 7. Oktober 1938 mit dem Untertitel: „Flüchtlinge kehren in ihre Heimstätten im besetzten Gebiet zurück“. (Aus: Odsun – Die Vertreibung der Sudetendeutschen, Seite 803; herausgegeben vom Sudetendeutschen Archiv e. V., 2000). Ein anderes, in der genannten Zeitung „Právo“ vom 1. 11. 2003 veröffentlichtes Bild zeigt als Helfer eingesetzte Pfadfinder (Skauts), die vor einem großen Gebäude (ehemals Wilsonbahnhof in Prag?) Gepäckkarren in Begleitung von Frauen schieben, mit der Erläuterung: „Vor dem Terror der Ordner flohen die ersten Tausende tschechischer Einwohner aus dem Grenzgebiet noch vor dem Münchener Abkommen. Die Aufnahme stammt vom 18. September 1938 – die Mehrheit von ihnen suchte ihr Heil in Prag.“

Aus all den gezeigten Bildern kann man nur entnehmen, daß eine Migrationsbewegung stattgefunden hat; alle weiteren Zuordnungen sind unsicher. Eine Flucht ist – aus welchen Gründen auch immer – nicht das gleiche wie eine Austreibung!

Das tschechische Element, das nach der Entstehung der Tschechoslowakei 1918 als Speerspitze einer Entgermanisierungswelle in zum Teil über Jahrhunderte von Deutschen besiedelte Gebiete einströmte, hier Nutzen zog aus der Wegnahme von Land (Bodenreform), von Arbeitsplätzen (vor allem im Staatsdienst), gegen Deutsche eiferte (Legionäre, Sokoln, Angehörige ultranationaler und proletarischer Verbände und Parteien), floh aus verständlichen Gründen im Herbst 1938 ins Landesinnere, soweit nicht zurückbeordert. Die in tschechischen „seriösen“ Quellen angegebenen 160.000 bis 170.000 tschechischen Geflohenen oder Vertriebenen werden in deutschen Erklärungen willfährig auf „mindestens 200.000 vertriebene Tschechen nach dem Münchener Abkommen“ hochstilisiert (Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer in einer Fernsehdiskussion am 18. 12. 2001 im historischen Stadttheater in Aschaffenburg). Diese Behauptung ist allein schon deshalb falsch, weil der Weggang von Tschechen aus den Grenzgebieten bereits vor dem Zustandekommen des Münchener Abkommens einsetzte, also von deutscher Seite hätte gar nicht angeordnet sein können.

Zwar konnte gemäß § 2 des am 20. November 1938 zwischen der Tschechoslowakischen Republik und dem Deutschen Reich geschlossenen Vertrag über Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen (Slg Nr. 300 vom 26. 11. 1938) in einem begrenzten Zeitraum an die jeweils andere Seite das Verlangen gestellt werden, einen bestimmten Personenkreis nach einer Fristsetzung von drei Monaten aufzunehmen. Dabei handelte es sich jedoch nicht um eine einseitige deutsche Maßnahme, sondern um einen bilateralen zwischenstaatlichen Vertrag gleichberechtigter Partner (nach dem überwiegend die tschechische Seite Vorteile gezogen hat mit der Abschiebung deutscher Antifaschisten nach Deutschland).

Die vor allem in den letzten zehn Jahren zunehmend verbreiteten tschechischen Stereotypen einer Vertreibung von Tschechen im Herbst 1938 sollen lediglich als Alibifunktion dienen nicht nur für die nach dem Krieg erfolgte vollständige Rechtlosmachung und Beraubung der Sudetendeutschen durch Präsidialdekrete und andere „Vorschriften“ sowie für ihre Vertreibung (mit nachträglicher Billigung der „Großen Drei“ im Cäcilienhof in Potsdam) aus einem Land, zu dessen wirtschaftlicher Prosperität sie wesentlich beigetragen hatten, sondern sollen auch bemänteln, was das Ziel tschechischer Politiker seit der Gründung der Tschechoslowakei im Jahr 1918 schon immer gewesen ist: Die Umwandlung „ihres“ Staates in einen reinen Nationalstaat, in dem andere nationale „Minderheiten“ nichts verloren haben!

Die „Sudetenpost“
ersucht um Auskunft

Wer kann Auskunft über den Verbleib der folgenden Bezieherin geben?

CHRISTINE ZAHNREICH, Boschstraße Nr. 1/14/11, A-1190 Wien

Infos bitte an die „Sudetenpost“, Kreuzstraße 7, A-4040 Linz, Tel. 0 73 2 / 70 05 92.

DIE BENELUX-
STAATEN

Wenn wir Stimmen gegen die Vertreibung aus der unmittelbaren Nachkriegszeit sammeln, so sind Länder wie Belgien, die Niederlande und das kleine Luxemburg trotz ihrer geringen Größe doch bedeutend. Alle drei Staaten waren von Deutschland besetzt, Luxemburg und Deutsch-Ostbelgien sogar annektiert. Zwar gab es in allen drei Ländern nach dem Krieg auch Prozesse und Todesurteile gegen Kollaborateure und Kriegsverbrecher, aber doch nicht das Unrecht, das in Polen, in der Tschechoslowakei und anderen Ländern des Ostens geschah. Im Gegenteil! Ein gebürtiger Holländer, der in einem belgischen Kloster den Krieg erlebt hatte, der als „Speckpater“ bekannte P. Werenfried van Straaten, rief eine der größten Hilfsaktionen für die Heimatvertriebenen ins Leben und wurde Wegbereiter der Versöhnung.

Man muß sich die antideutsche Stimmung der Nachkriegszeit vergegenwärtigen, um zu ermessen, wie groß bald der Umschwung bei der Beurteilung der Vertreibung der Ostdeutschen war. Die Hetze gegen alles Deutsche war auch deshalb so groß, weil es in allen Ländern Kollaboration mit den Deutschen gegeben hatte. In den Niederlanden zählte man noch im Oktober des Jahres 1945 96.000 politische Gefangene, darunter waren 24.000 Frauen. Sondergerichte fällten bis 1950 über 14.000 Urteile, darunter zweihundert Todesstrafen, von denen achtunddreißig vollstreckt wurden.

„Die Schikanen und Grausamkeiten des Bewachungspersonals hielten einen Vergleich mit denen in deutschen Lagern stand.“ (Franz W. Seidler).

In Belgien war es nach dem Einmarsch der Alliierten zu Fällen von Lynchjustiz gekommen. Von 1247 offiziellen Todesurteilen wurden 242 vollstreckt. Noch 1947 gab es öffent-

liche Erschießung zum Tode verurteilter Kollaborateure.

Im kleinen Luxemburg mit damals 270.000 Einwohnern wurden 10.000 Personen verhaftet. Noch Ende 1945 waren 4000 Luxemburger im Gefängnis, von denen 1500 als Zwangsarbeiter eingesetzt waren. Von fünfzig Todesurteilen wurden vier vollstreckt.

Es war das Verdienst von Pater Weren-

STIMMEN
GEGEN DIE
VERTREIBUNG

Folge 3

fried, Nächstenliebe und Hilfsbereitschaft auch gegenüber den unterlegenen Deutschen gepredigt und in die Tat umgesetzt zu haben. Mit seinem Weihnachtsartikel „Kein Platz in der Herberge“ in der Zeitschrift seiner Abtei Tongerlo gründete er 1947 die Ostprierhilfe, die zunächst auch abgelehnt und bekämpft wurde: Die Deutschen hätten ein kurzes Gedächtnis, wenn sie an das Mitgefühl der Belgier appellierten, schrieben die Zeitungen. Doch bald trat eine Wandlung ein. Pater Werenfried predigte sogar in der Gemeinde Vinckt, wo die Deutschen im Krieg 96 Männer erschossen hatten. In seiner Autobiographie „Sie nennen mich Speckpater“ schreibt er über seine Erfahrungen.

Dieses Buch des im Jahre 2003 verstorbenen P. Werenfried ist auch heute noch lesenswert, ja sollte Pflichtlektüre aller sein, die über Versöhnung reden. Manche ebenfalls von Deutschen im Zweiten Weltkrieg besetzte Länder und ihre Bewohner, auch ihre Kirchenmänner, könnten vom belgischen Beispiel lernen.

Auch in Luxemburg gab es diese Wandlung. Es war dort die Caritas, die zur Hilfe aufrief.

„Der Papst wandte sich an das Weltgewissen. Viele, allzu viele hörten nicht auf diese Stimme. Er hat uns klar und eindeutig zu verstehen gegeben, daß die Not und Armut der Flüchtlinge eine Sünde ist. Eine Sünde der Menschheit. Unsere Sünde, wenn wir nicht helfen, wo wir können.“

Die Ostprierhilfe bewirkte, daß in weiten Kreisen der Öffentlichkeit der Benelux-Staaten nicht nur für die sozialen, sondern auch für die heimatpolitischen Anliegen der Vertriebenen Verständnis aufkam. Ein Aufsatz von Pater Werenfried erschien 1949 in verschiedenen Zeitungen, in dem er auf die Konferenz von Potsdam hinwies:

„Durch die gemeinsame Aktion der Massenaustreibungen hat das Triumvirat von Potsdam für immer das Recht verwirkt, anklagend auf andere hinzuweisen und sie wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und wegen Völkermordes zu verurteilen. Potsdam war eine Todsünde gegen die Natur.“

Werenfrieds Beitrag, der die Mauern niederreißen wollte, die durch Krieg, Haß und Unrecht zwischen den Völkern errichtet waren, erschien auch in der Zeitung „Maasbode“ in Rotterdam, der Stadt, dessen Zentrum die deutsche Luftwaffe bei Beginn des Krieges völlig zerstört hatte, obwohl die Niederlande ein neutrales Land waren.

Wissenschaftler, wie z. B. der Soziologe P. J. Bouman von der Universität Groningen, veröffentlichten eingehende Darstellungen des Vertriebenenproblems und gründeten einen Studienausschuß zur Untersuchung des deutschen Flüchtlingsproblems.

Auch Königin Juliane hat wiederholt das eigene Volk auf die Not der deutschen Vertriebenen hingewiesen, ja Präsident Eisenhower gebeten, „diese Wunde aus dem Leib der Menschheit zu entfernen.“

Von Rudolf Grulich

Spenden für die
„Sudetenpost“

- 2,50 Karl Thoma, Neudörfel / Leitha
- 2,50 Paul Vonach, Dornbirn
- 2,50 Gerold Watzinger, Wels
- 2,50 Karl Wiltschko, Linz
- 2,50 Ing. Johann Worresch, Vitis
- 2,50 Hilde Zeilinger-Genstorfer, Wels
- 2,50 Hans Zirm, Oftring
- 3,00 Franz Cech, Heiligenreich
- 3,00 Walter Wanko, Leibnitz
- 3,50 Helmut Schnauder, Linz
- 4,50 Reinhard Amberger, Wien
- 5,00 Marie und Georg Kebrle, Wels
- 5,50 Peter Elitschka, Wien
- 5,50 Günther Slanina, Ennsdorf
- 7,50 Franz Alex, Traun
- 7,50 Rudolf Alliger, St. Marien
- 7,50 Maria Anreitter, Wien
- 7,50 Dietlinde Bonnländer, Imst
- 7,50 Valerie Bräuer, Graz
- 7,50 Maria Bregartner, Wels
- 7,50 Willibald Brinek, Pasching
- 7,50 Erich Christ, Salzburg
- 7,50 Franz Duscher, Bad Schallerbach
- 7,50 Oswald Egginger, Ulrichsberg
- 7,50 Ing. Herbert Eschner, Linz
- 7,50 DI Wolfgang Fellinghauer, Wals b. Salzburg
- 7,50 Heinz Fitschek sen., Steyr-Gleink
- 7,50 Komm.-Rat Erhard Frey, Wien
- 7,50 Ing. Walter Göbl, Linz
- 7,50 Rudolf Golliasch, Wien
- 7,50 Dr. Peter Gröger, Wien
- 7,50 Dr. Adolf Gröger, Wien
- 7,50 Reinhard Hammerschick, Linz
- 7,50 Herbert Hausl, Linz
- 7,50 Josef Hengster, Linz
- 7,50 Dkfm. Hubert Herran, Höchst
- 7,50 Annemarie Hofmann, Wien
- 7,50 Egon Just, Bad Mitterndorf
- 7,50 Eduard Kindl, Bad Hall
- 7,50 Prof. Mag. Wolf Kowalski, Wien
- 7,50 Gertraud Kretz, Hörsching
- 7,50 Dir.-Rat Franz Kreuss, Hollabrunn
- 7,50 Alfred Kriskche, Wien
- 7,50 Hermine Lackner, Wien
- 7,50 Edmund Lamp, Mürrzusschlag
- 7,50 Helmut Lutz, Wien
- 7,50 Hedwig Mautner, Vorderweißenbach
- 7,50 Friedrich Mayrhofer, Wien
- 7,50 Franz Milde, Graz-Neuhart
- 7,50 Leonhard Misof, Wien
- 7,50 Roswitha Moisi, Graz
- 7,50 Peter Mörk-Mörkenstein, Pernitz
- 7,50 Mag. Franz Mraczansky, Linz
- 7,50 Sonja Mündl, St. Georgen / Gusen

- 7,50 Annemarie Pernt, Kirchdorf / Krems
- 7,50 Franz Pfandlbauer, Groß-Enzersdorf
- 7,50 Else Reiter, Keutschach
- 7,50 Melitta Schaaser, Linz
- 7,50 Karl Schmotz, Grieskirchen
- 7,50 Agnes Schneider, Marchtrenk
- 7,50 Johann Schottenberger jun., Attnang-Puchh.
- 7,50 Erwin Schwetz, Linz
- 7,50 Dr. Otto Spitzenberger, Puchenu
- 7,50 Maria Steiner, Wattens
- 7,50 Ing. Ernst Stradal, Irnding
- 7,50 Josef Thaler, Hörsching
- 7,50 Dolores Thiel, Villach
- 7,50 Leopoldine Traunwieser, Linz
- 7,50 Martha Ustupsky, Linz
- 7,50 Ing. Fritz Wanek, Enns
- 7,50 Franziska Weissenbacher, Payerbach
- 7,50 Hanne Wolf, Oberndorf
- 7,50 Hilde Wolf, Wien
- 7,50 Alfred Wolf, Wien
- 7,50 OSR. Karl Heinz Zeleny, Kirchdorf
- 8,00 Herta Liebisch, Wien
- 10,00 Ljuba Hinke, Irnding
- 10,00 Gertrud Märzinger, Linz
- 10,00 Theresia Mugrauer, Stadl-Paura
- 10,00 Edith Philipp, Langenzerndorf
- 12,50 Andreas Machatsch, Leonding
- 12,50 Gertrud Rauch, Innsbruck
- 12,50 Mitzi Sibor, Wien
- 12,50 Charlotte Sollböck, St. Pölten
- 17,50 Lizzi Albrecht, Schieffling am See
- 17,50 Heinrich Allin, Scharding
- 17,50 Helga Brunner, Traun
- 17,50 Dipl.-Ing. Norbert Fischer, Kirchschlag
- 17,50 Anneliese Frieden, Landeck
- 17,50 Maria Hampel, Wien
- 17,50 Dr. Elisabeth Heinisch, Salzburg
- 17,50 Dipl.-Ing. Herbert Kittel, Landeck
- 17,50 Hermine Kössl, Haid bei Ansfelden
- 17,50 Gerlinde Kriwanek, Innsbruck
- 17,50 Hans Georg Kübeck, Wels
- 17,50 Heinrich Laube, Golling
- 17,50 Dr. Hans Löffler, Scharnstein
- 17,50 Alois Lutz, Traun
- 17,50 Elisabeth Matejka, Wels
- 17,50 Rita Meffert, Steyr
- 17,50 Franz Pfeiffer, Wien
- 17,50 Hans Siess, Wien
- 17,50 Helga Slapnicka, Kirchschlag
- 17,50 Dkfm. Werner Sturm, Traun
- 17,50 Anna Werner, Wien
- 17,50 Anna Wünsch, Klagenfurt
- 22,50 Edburg Thaler, Steyr
- 27,50 Wilhelm Ehemayer, Wien
- 31,00 Hildegard Thamm, Wien
- 32,50 Richard Karg, Hardegg
- 37,50 DI Kurt Regnier-Helenkow, Mürrzusschlag
- 40,00 Friedrich Erhart, Salzburg
- 60,00 Johann Fitzinger, Wien
- 67,50 Dr. Manfred Frey, Hettmannsdorf
- 70,00 KR. Manfred Görner, Kremsmünster
- 293,23 Stefanie Aichmair, Linz
- 469,50 Karl Klein, Wien-Rodaun

Die „Sudetenpost“ dankt allen Spendern sehr herzlich!

Marie von Ebner-Eschenbach, die „mährische“ Dichterin: Die Ebner zwischen den Zeiten

„Jede Prosa braucht einen Ort und – einen Boden“, heißt es bei Heinrich Böll, einen Ort, an dem ein Autor nicht nur schreibt, sondern lebt mit allen Fasern seiner schriftstellerischen Existenz. Was von Dauer ist, geschieht eben in einem begrenzten Ort oder einer bestimmten Landschaft: Ein Storm „steht“ für Husum, Fontane für Berlin und Brandenburg, Böll für Köln, Gottfried Keller für Zürich usw. und eben auch

Von Willi Götz

Marie von Ebner-Eschenbach für Dorf und Schloß Zdislawitz und für das „Mährische“, wo sie als Mensch, Person und Autorin zu Hause gewesen ist. „Für mich hat es nämlich immer nur Mähren und Wien gegeben“, schrieb sie in ihren Kindheitserinnerungen.

Auf eine Formel verkürzt: Ebner ist die Autorin Mährens. Es gibt kaum eine so gelungene Verstofflichung von Ort und Landschaft und den Menschen als in ihren Dorf- und Schloßgeschichten. Sie selbst betonte immer wieder, daß sich ihr Schaffen nach der Wirklichkeit richte und ihre Personen lebende Menschen sind und die Zustände, die sie schildere, Zustände sind, die sie mit ihren eigenen Augen erlebt habe, wobei es ihr bewußt gewesen sei, daß das Leben überaus reich ist, aber – um es modern auszudrücken, voller bedrückender sozialpolitischer und moralischer Probleme ist.

Zu ihrer Bestürzung erkannte die Ebner, daß die einmal glänzende Vergangenheit der Gesellschaft einen Niedergang erlebte. „Alles Große, was wir in Österreich besitzen, verschwindet allmählich, was übrig bleibt, ist die schwammige, energielose Mittelmäßigkeit und

die rührige Kanaille.“ Bei näherer Untersuchung ihres Werkes wird deutlich, mit welcher unerbittlichen Schärfe sie ihre eigene Gesellschaftsschicht anklagte, weil sie an der unzeitmäßigen feudalen Tradition zäh festhält und versucht, in der Vergangenheit zu leben und vor allem nicht die Nöte der breiten Bevölkerung zu erkennen. Darüber warf sie ihrem aristokratischen System vor, die Erziehung der eigenen Nachkommen zu vernachlässigen, ihre Frauen in einem Zustand der Ungewißheit und entwürdigenden Abhängigkeit zu halten.

In „Komtesse Paula“ und „Komtesse Muschi“ beispielsweise hat sich Ebner die Aufgabe gestellt, über die primitive und inoffizielle Erziehung zu erzählen, der die hochgeborenen Kinder unterworfen waren. Beide Erzählungen sind nicht bloße, was sie an der Oberfläche zu sein scheinen, nämlich elegante, leichtherzige, leicht-ironische Bilder von sehr verwöhnten Töchtern des wohlhabenden Adels; hinter der scheinbar Josephinischen Fassade und dem Humor erscheint eine harte Anklage der Haltung und Verachtung der sozialen Elite in den schnell sich bewegenden Zeiten des Fortschritts und der Modernität. Komtesse Paulas minderwertige Erziehung ist kein Unfall oder Übersehen seitens ihrer besorgten Eltern, im Gegenteil; sie entsprach den Wünschen ihres Vaters, wie er es so ausdrückt: Er wünsche für seine Tochter eine gute „oberflächliche Erziehung“ – „eine gelehrte Frau, das ist die größte von allen Kalamitäten“, und weiter: „Die Gelehrsamkeit für ein zudringliches Wesen, das einem gleich an den Hals springt, wenn man nur die geringste Avance macht.“ Zur Bildung der jungen Männer heißt es: „Nicht mehr als nötig, um die Offiziers-

prüfung zu machen.“ Ebners Angriffe sind nicht frei von Bitterkeit und Sarkasmus; eine besondere Zielscheibe ist der aristokratischen Elite gerichtet: Solche Kritiken setzen sich fest in „Unsühnbar“, „Der Erstgeborene“ und „Der Freiherr von Gemperlein“. Der aristokratische Mann wird als Urheber und Bewahrer von sozialen Übeln, egoistisch, verantwortungslos und anmaßend gegenüber Menschen, die seiner Obhut anvertraut sind, beschrieben – offensichtlich von Graf Wolfsberg in „Unsühnbar“ als Repräsentant einer Welt voller schwerer Verfehlungen und harter Gewalt. Substantiell erinnern die Erzählungen Ebners an ihren Zeitgenossen Fontane – nur in der Tonart anders – wo Fontane seinen Stechlin sagen läßt: „Ja, herabgestiegen ist alles, und es steuert immer weiter nach unten. Das ist, was man neue Zeit nennt, immer weiter runter.“

Im Gegensatz zur kraftlosen „Gesellschaft des Schlosses“ – der Schlösser und ihrer sozialen Kultur – tritt in den Erzählungen Ebners die Dorfbevölkerung als lebensfähiges Element in den Vordergrund; sie ist nötig, die Gesellschaft zu regenerieren: Die Frauen vom Land in Bözzena, Anna („Die Totenwacht“), Ilona („Das Erstgeborene“) und Frau Kogler („Glaubenslos?“) und viele andere werden von Ebner mit Wärme und Mitgefühl beschrieben, Gefühle, die Ebner kaum aufwendet bei der Beschreibung ihrer aristokratischen Gegenspielerinnen Tante Beate (in „Ein Edelmann“), Tante Dolph (in „Unsühnbar“) und anderen der aristokratischen Frauen.

Trotz ihrer intellektuellen Verbindungen mit der „Welt“ – Wien war dafür der „Ort“ – lebte Ebner in einer emotionalen Symbiose mit den Menschen auf dem Land und auf dem Dorf, deren Einfluß auf ihr Werk nicht genug herausgearbeitet werden kann. Ihr Weltbild war weder naiv, noch illusorisch – dies erst recht nicht. Ihre Ansichten, so widersprüchlich sie zeitweise erscheinen mögen, widerspiegeln eine tief nachdenkliche Schriftstellerin, die versuchte – manchmal verzweifelt – sich mit der moralischen, sozialen, politischen und psychologischen Vielschichtigkeit ihres Zeitalters schließlich abzufinden.

In diesem Jahr jährt sich zum 175. Mal der Geburtstag von Marie von Ebner-Eschenbach.

Festschrift: „60 Jahre Vertreibung – 50 Jahre VLÖ“

Anlässlich des Festaktes „60 Jahre Vertreibung – 50 Jahre VLÖ“ im vergangenen November gab der Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs (VLÖ) eine Festschrift heraus. Auf den ersten 36 Seiten stellt der VLÖ seine Geschichte und seine Bemühungen für die deutschen Altösterreicher dar. Ein Kapitel widmet sich auch den Möglichkeiten, die der VLÖ seit seinem Einzug in das „Haus der Heimat“ ausschöpfte. Ein weiteres Kapitel ist dem Ermacora-Institut gewidmet. Seine Aufgabe ist es, sich wissenschaftlich mit den Fragen der Ansiedlung und dem, was die Altösterreicher kulturell, wirtschaftlich und wissenschaftlich in die neuen Länder für die Mehrheitsbevölkerung einbrachten, der Zeit nach dem Zerfall der Donaumonarchie und der Vertreibung im und nach dem Zweiten Weltkrieg auseinanderzusetzen. Die Marburger Resolution fordert die Unterstützung der Altösterreicher von der Österreichischen Bundesregierung ein. Danach stellen sich die Mitgliedslandsmannschaften vor. Am Ende des 144 Seiten umfassenden Werkes werden „die Wege der Integration“ der Altösterreicher in ihre neue Heimat Österreich dargestellt.

Sie können die Festschrift nun zum Preis von € 5,-, zuzüglich Versandkosten, oder direkt im „Haus der Heimat“ erwerben.



zum Jubiläum
50 Jahre
Verband der volksdeutschen
Landsmannschaften Österreichs
WIEN 2004

Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs, „Haus der Heimat“, Steingasse 25, 1030 Wien, Telefon: 01/718 59 05, markus.freilinger@chello.at.

Sommerlager in der Steiermark!

Das Sommerlager 2005 findet heuer vom 9. bis 16. Juli auf der Frauenalpe bei Murau in der Weststeiermark statt.

In dieser bestimmt sehr schönen Landschaft sind wir im Jugendsportzentrum in Zimmern mit Dusche und WC untergebracht. Dort stehen uns viele sportliche und sonstige schöne Möglichkeiten zur Verfügung. Für Romantik ist bestens gesorgt und wir werden bestimmt wieder eine ergebnisreiche Woche durchführen.

Der Lagerbeitrag beträgt 167 Euro, die Fahrtkosten mit der Bahn ab Wien und dem Bus ab Unzmarkt werden ersetzt.

Eingeladen sind wieder Kinder und junge Leute im Alter von zirka sieben bis 16 Jahre aus ganz Österreich – und auch die Freunde der Kinder können mitmachen!

Dringende Anmeldungen bei der Sudeten-

deutschen Jugend Österreichs, Steingasse 25, 1030 Wien, Telefon / Fax: (01) 718 59 13, mit Angabe der Geburtsdaten und einer telefonischen bzw. Fax-Erreichbarkeit.

Es werden wieder sudetendeutsche Kinder aus Böhmen und Mähren, karpatendeutsche Kinder aus der Zips / Slowakei und siebenbürgisch-sächsische Kinder aus Siebenbürgen / Rumänien zur Teilnahme eingeladen.

Wir erwarten uns aus jedem Bundesland und von jeder sudetendeutschen Gliederung Teilnehmer an unserem Sommerlager 2005.

Von dieser Stelle aus dürfen wir den drei Gastfamilien für die Aufnahme der Teilnehmer aus Siebenbürgen in der Zeit vom 16. bis zum 23. Juli recht herzlich danken – damit wurde wieder einmal die große Solidarität unserer Volksgruppe unter Beweis gestellt.

Sudetendeutsche Bergwoche vom 16. bis 23. 7. in Tirol

Wie bereits mehrmals angekündigt, findet die Sudetendeutsche Bergwoche der SdJÖ und SLÖ, in Zusammenarbeit mit der ÖAV-Sektion St. Pölten, in Sölden / Tirol (Standquartier) vom 16. bis 23. Juli statt. Von dort aus werden täglich in diversen Gruppen (je nach Wunsch, Kondition und Können) unter der Leitung unserer Bergführer Franz und Berthold Wanderungen und Gipfeltouren unternommen. Die Unterbringung erfolgt in einem sehr guten Vier-Sterne-Hotel (in Sölden gibt es nur solche Hotels) mit Halbpension (u. a. mit großem Frühstück-Buffer), Wellness-Bereich (Sauna, Schwimmbad, Dampfbad usw.) zum Erholen nach dem Bergsteigen beziehungsweise Wandern.

Ab St. Pölten führt uns ein Bus zu unserem Standquartier und es gibt auch Zustiegmöglichkeiten nach Vereinbarung; der Bus führt auch die einzelnen Gruppen jeden Tag zu den Ausgangspunkten für die Tagestouren, daher benötigt man dort kein eigenes Fahrzeug. Der Richtpreis beträgt in etwa 480 Euro (Unterbringung mit Halbpension, Bus-Reise und tägliche Busfahrten sind inkludiert).

Die Bergwoche ist bereits sehr gut gebucht – es gibt nur mehr wenige Restplätze. Interessenten mögen sich sofort bei unserem Tourenführer Landsmann Franz Schaden, Birkengasse 6, 3100 St. Pölten, Tel.: 0 27 42 / 71 9 67 (von Deutschland: 0043 / 27 42 / 71 9 67), anmelden. Bezüglich bestimmter Zustiegmöglichkeiten möge man sich nach der Anmeldung mit Herrn Berthold Huppmann, Tel.: 0 27 42 / 71 5 71 (ab 18 Uhr) bzw. 0 27 42 / 21 0 96, in Verbindung setzen. Dazu wird Franz bei der Anmeldung Hinweise geben.

Unsere Bergwoche ist ein sehr gutes Angebot für alle Bergfreunde, Landsleute und Freunde jedweden Alters (für alle Generationen). Es wird gebeten, sich so rasch als möglich bei Franz anzumelden – nicht bis zum letzten Zeitpunkt warten, es könnte dann kein Platz mehr vorhanden sein. Allen ein kräftiges Berg Heil!

Termine 2005 der Ackermann-Gemeinde in München

(Februar bis einschließlich April)

Bundestermine

24. bis 27. Februar: Deutsch-Tschechische Studentenakademie im Kloster Rohr/Nb.

18. bis 20. März: XIV. Iglauer Symposium. „Erinnerung als Selbstzweck oder als Hilfe? – Das kollektive Gedächtnis und seine politische Umsetzung“.

23. bis 28. März: Kultur- und Begegnungstage für junge Familien im Pfr.-Hacker-Haus.

15. bis 17. April: Zentrale Tagung der Regionen Nordost / Südost in Schmochtitz. „Alte Heimat – neue Heimat“.

Diözesan- / Regionaltermine – Augsburg

12. Februar: Religiöse Bildungstagung (im Haus St. Ulrich in Augsburg): „Die Patrone Europas“. Prälat Prof. Dr. Wolfgang Klieber.

9. April: Vortrag mit Prälat Josef Socha, Königgrätz (im Haus St. Ulrich in Augsburg).

Bamberg-Eichstätt

13. Jänner: „Die Zips – die Perle der Slowakei“. Diavortrag mit Irmgard Barenberg, Haus der Stadtkirche, Zimmer 201.

Freiburg

20. Jänner: Vortrag und Lesung: „Schlösser der Hoffnung“, von Pavel Kohn in Karlsruhe, Roncalli-Forum.

12. / 13. Februar: Waldhoftagung der AG in Freiburg.

Fulda

23. April: Frühjahrstagung im Bonifatiushaus in Fulda.

Limburg / Mainz

19. Februar bis 5. März: Begegnungsfahrt nach Luttach / Südtirol.

18. bis 19. März: Landestagung in Heppenheim. Thema: „Die Lage der Menschen, vor allem ihrer Seelen, in den Erweiterungsgebieten in der EU.“

München

8. bis 13. März: Studienfahrt nach Rom.

16. April: Tagesseminar im Haus St. Pius in München.

Region Nordost

12. März: Tagesseminar in der Katholischen Akademie in Berlin: Leben und Glaube der „Roma“ und „Sinti“ in Böhmen.

Region Nordwest

30. April bis 1. Mai: Frühjahrsbegegnung in Essen-Werden.

Passau

9. April: Studientag im Kloster St. Nikola in Passau. „Ida Friederike Görres.“ OSiD a. D. Franz Bauer, Bamberg.

Regensburg

14. Jänner: Literarisches Café (im Café Pernsteiner, Regensburg). „Der Schriftsteller Jan Neruda“, mit Irmgard Deutscher.

24. bis 27. März: Mitfeier der Kartage. Besinnung und Erholung auf dem Habsberg bei Neumarkt in der Oberpfalz. Dazu sind alle Mitglieder – auch außerhalb der Diözese Regensburg – eingeladen.

Rottenburg-Stuttgart

30. Jänner: Diözesantagung in Ulm.

16. April: Bischof-Neumann-Kreis in Rechberg / Schwäbisch Gmünd.

Würzburg

25. Februar und 4. März: Begegnung mit Jugendlichen aus Šumperk (Mährisch Schönberg) in Würzburg.

Junge Aktion

23. bis 28. März: Politische Weiterbildungswoche im Kloster Rohr/Nb.

Jugendbildungsreferat

11. bis 13. Februar: Kinderwochenende in Josephstal, mit der Ackermann-Gemeinde.

Junge Ackermann-Gemeinde

29. April bis 1. Mai: Rohrer Forum im Kloster Rohr/Nb.

Besuchen Sie uns im Internet

Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich: www.sudeten.at oder www.vloe.at

Benutzen Sie auch unsere e-Mail-Adresse, um uns schneller und direkt zu erreichen: sloe@chello.at

Benutzen Sie auch die Web-Seiten der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Deutschland, damit Sie über den aktuellen Stand der heimatpolitischen Arbeit informiert sind.

www.sudeten.de
e-Mail: poststelle@sudeten.de

Senden Sie uns ein E-mail und geben Sie uns Ihre Zustimmung bzw. Kritik über unsere Arbeit bekannt.

Ausstellungen zum Auftakt des Stifterjahres

Die Österreichische Beamtenversicherung (ÖBV) sorgte im ÖBV-Atrium in Wien mit einer interessant aufgebauten Präsentation einer Landschaftskunde zu Adalbert Stifter von Christian Thanhäuser für einen starken Auftakt des Stifterjahres.

Mit Holzschnitten, Zeichnungen und dem anlässlich der Ausstellung erschienenen Buch „Der lange Weg nach Schwarzbach“ des Künstlers aus Ottensheim / Donau ist in dem repräsentativen Rahmen eine würdige Premiere zum Stifterjahr, anlässlich des zweihundertsten Geburtstages gelungen.

Pressereferent Herbert Maurer führte durch die bestens besuchte Veranstaltung, Generaldirektor Dkfm. Dr. Johann Hauf begrüßte und Kurt Palm las aus Stifters „Mein Leben“, das Stifter 1866 – eineinhalb Jahre vor seinem Tod – geschrieben hatte:

„Es ist das kleinste Sandkörnchen ein Wunder, das wir nicht ergründen können. Daß es ist,

daß seine Teile zusammenhängen, daß sie getrennt werden können, daß sie wieder Körner sind, daß die Teilung fortgesetzt werden kann, und wie weit, wird uns hienieden immer ein Geheimnis bleiben. Nur Weniges, was unserem Sinne von ihm kund wird, und Weniges, was in seiner Wechselwirkung mit anderen Dingen zu unserer Wahrnehmung gelangt, ist unser Eigentum, das Andere ruht in Gott.“

In einem Saal wurde Palms nicht unumstrittener Film über Stifter, Kulinarisches vom Hochwald, vorgeführt.

Hofrat Dr. Johann Lachinger vom Linzer Stifter-Haus eröffnete mit einem profunden Vortrag aus Stifters Entwicklung.

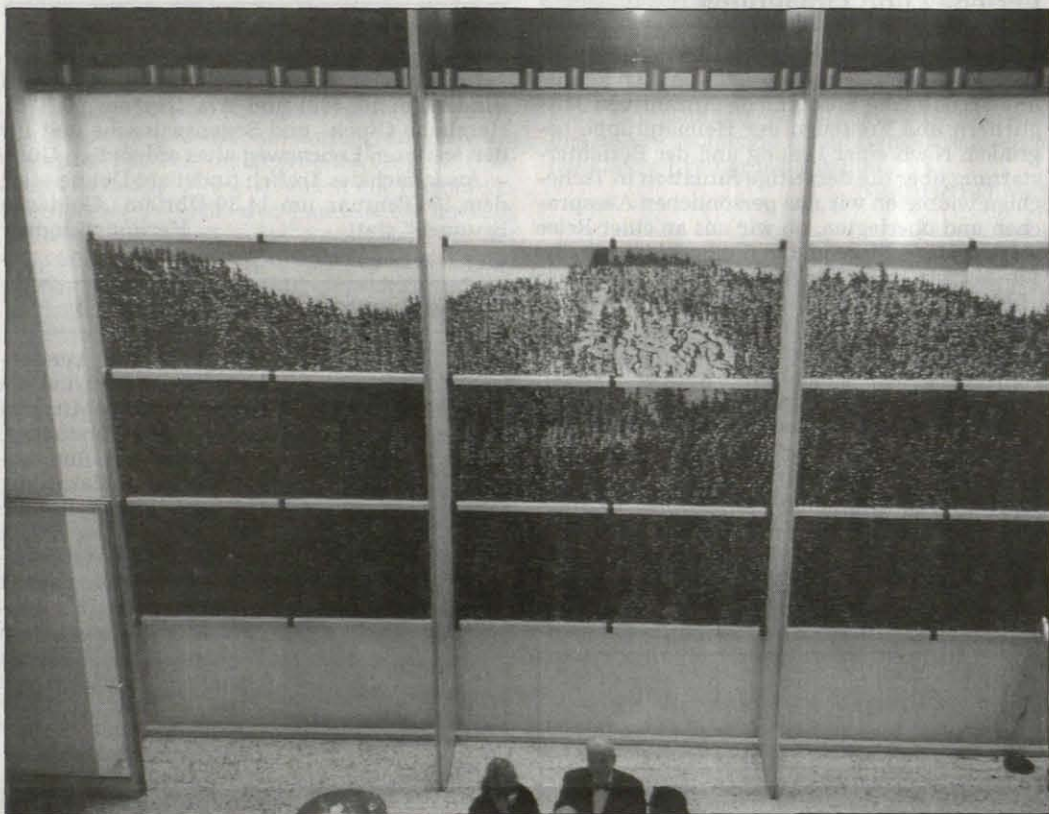
Der im Mittelpunkt stehende Christian Thanhäuser, dessen künstlerische und malerische Beiträge dominierten, suchte seit 1989 Kontakte zu den Künstlern der östlichen Nachbarn. Er pflegt einen kulturellen Austausch und lädt sie auch nach Ottensheim zu sich ein.

Nach der Eröffnung wurde ein Bufett mit Köstlichkeiten – die damals auch Adalbert Stifter reichlich genoß – von den Besuchern gestürzt.

Der ÖBV gilt es zu danken, konnte doch die Ausstellung stattfinden und das Buch auf deren Initiative erscheinen, und das nur, weil Stifter bekanntlich als Brotberuf Beamter war. – ÖBV-Atrium, 1010 Wien, Grillparzerstraße 14, geöff-

net bis 29. April, Montag bis Freitag von 8.00 bis 16.00 Uhr

Galerie Seywald in Salzburg – dort findet ebenfalls eine Ausstellung Christian Thanhäusers zum selben Thema bis zum 23. Februar 2005 statt. Sigmund-Haffner-Gasse 7, erster Stock, in 5020 Salzburg, geöffnet von Dienstag bis Freitag von 9.30 bis 12.00 Uhr und 14.30 bis 8.30 Uhr, Sonntag von 10.00 bis 13.00 Uhr.



Riesiges Hochwald-Panorama / Unter Geyern – Holzdrucktafel in 18 Teilen.

Schmeisterschaften der Sudetendeutschen Jugend in Lackenhof

Heuer fanden sich zu den Meisterschaften sehr viele Teilnehmer – weit mehr als in den letzten Jahren – ein. Lag es am Termin oder hatte unser Aufruf vom letzten Jahr ein wenig aufgerüttelt, wir wissen es nicht. Jedenfalls wurde bewiesen, daß es noch sehr viele Freunde jedweden Alters des Schifahrens gibt. Wieder dabei waren das Ehepaar Mag. Jana und Ing. Daniel Schwarz aus Brünn, die sich bei uns sehr wohl fühlten und mit Feuereifer über die Pisten fuhren. Auch unser Lm. Dr. Bertlwieser hatte noch Böhmerwälder Landsleute mitgebracht, neben seiner ganzen Familie – so sollte es eigentlich sein. Wenn nur einige Landsleute andere motivieren können, dann soll uns um diese Veranstaltung nicht bang sein. Jedenfalls werden im kommenden Jahr wieder alle dabei sein, wie man uns versicherte. Vielleicht machen dann etliche andere junge und junggebliebene Leute mit.

Einiges Kopfzerbrechen bereitete uns der starke Schneefall am vorhergegangenen Mittwoch. Aber die Wetterlage besserte sich zusehends, die Autobahn war trocken, auch zumeist auf der Straße von Ybbs nach Lackenhof. Dort war alles tief verschneit und es schneite ganz wenig, die Temperaturen lagen um die minus neun Grad. Einem schönen Schitag am Samstag stand jedoch nichts im Wege. Die ersten Teilnehmer trafen sich beim Mandl, Gasthof „Ötscherblick“, danach ging es ins Quartier beim Pöllinger, wo nach dem Abendessen die Startnummern übergeben und der Er-und-Sie-Lauf ausgelost wurde. Nach einem gemütlichen Abend ging es relativ zeitig in die Betten.

Die restlichen Teilnehmer kamen am Sonntag morgen und munter wurden zum Einfahren die ersten Schwünge in den geradezu idealen Schnee gesetzt. Pünktlich um 10 Uhr startete der ausrichtende Schiklub Lackenhof das Rennen. Der Lauf war anspruchsvoll und schnell gesetzt, dennoch gab es nur einen einzigen harmlosen Sturz und keine Verletzungen. Es

wurden auch hervorragende Zeiten erzielt, die Bestzeit lag bei 0:52,31 Min., die Manfred Weishäupl aus Haslach im Mühlviertel erzielte! Beste Dame war Heike Kutschera.

Anschließend wurde gleich der Er-und-Sie-Lauf durchgeführt, wobei etliche lustige Stationen zu bewältigen waren (darunter Schokoladeessen, Schneeball-Zielwerfen, das obligate Busserl u. a. m.). Es machte allen Riesenspaß.

Beim Mandl folgte die Siegerehrung, wo zuvor in einer Gedenkminute unserer ehemaligen Kameraden Ilse Moschner und Odo Schwendner – zu deren Erinnerung finden diese Meisterschaften statt – gedacht wurde. Hier die Ergebnisse (jeweils die Sieger):

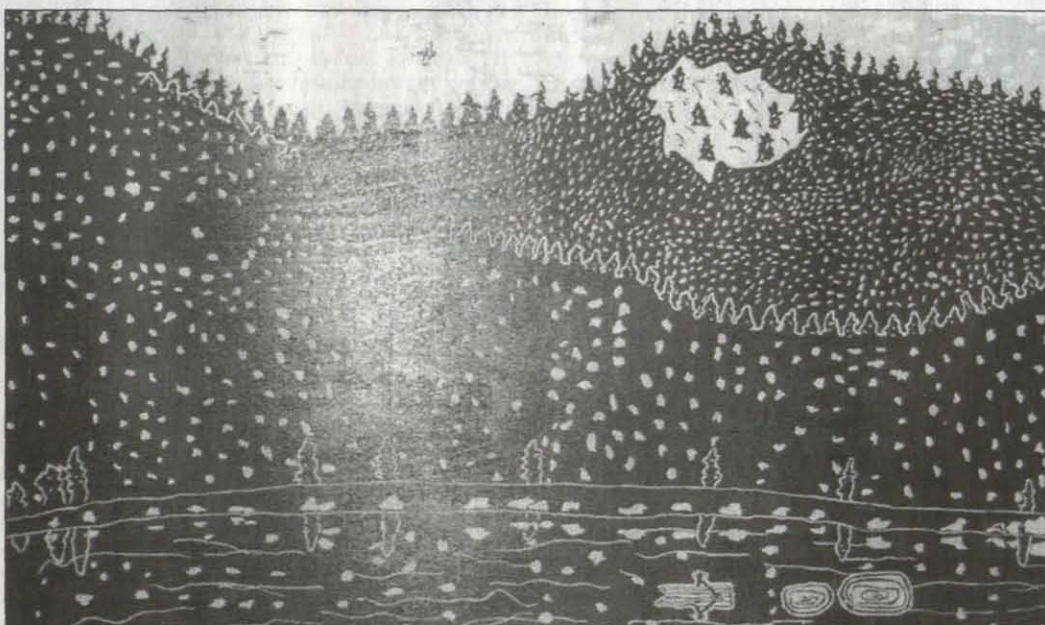
Schülerinnen I: 1. Katharina Bertlwieser;
D-Allg.-Klasse: 1. Heike Kutschera;
D-Alt.-Klasse I: 1. Sigrid Kutschera;
D-Sen.-Klasse: 1. Herta Kutschera;
H-Schüler II: 1. Bernhard Kutschera;
H-Allg.-Klasse: 1. Manfred Weishäupl;
H-Alt.-Klasse I: 1. Nikolas Haugeneder;
H-Alt.-Klasse II: 1. Dr. Fritz Bertlwieser;
H-Senioren: 1. Johann Weishäupl;

Er-und-Sie-Lauf: 1. Heike Kutschera – Roman Schneider; 2. Sigrid Kutschera – Christoph Schwarz; 3. Jana Schwarzowa – Bernhard Kutschera; Gewinner der Knackwurst: Katharina Daniel – Mag. Rainer Stöss.

Mit dem Lied „Kein schöner Land“ wurden die diesjährigen Schmeisterschaften beschlossen und ab ging es wieder auf die herrlichen Pisten.

Dank gilt für die Unterstützung: Frau Mandl, Herrn Pöllinger und dem Schiklub Lackenhof und all jenen, die zum Gelingen dieser Veranstaltung beigetragen haben.

Schon jetzt dürfen wir den voraussichtlichen Termin für die Schmeisterschaften des Jahres 2006 in Lackenhof am Ötscher bekanntgeben. Es ist dies das Wochenende 28. und 29. Jänner 2006. Wir hoffen schon jetzt auf rege Teilnahme, vor allem auf die Deine – bringe auch Freunde mit.



Schallenberg / Holzschnitt.

Blutspendeaktion zum Gedenken an die Opfer des 4. März 1919

Unter dem Motto „Spende Blut – rette ein Leben, vielleicht ist es das Deine“, wird diese Aktion durchgeführt. Zum Gedenken an die Opfer der friedlichen Demonstration für das Selbstbestimmungsrecht und den Verbleib bei Österreich sowie der Opfer der schrecklichen Vertreibung, wo über 241.000 Menschen den Tod fanden, wollen wir eine soziale Tat setzen!

Die Aktion findet am Freitag, dem 4. März, von 15.00 bis 17.30 Uhr, in der Blutspendenzentrale des Roten Kreuzes, Wien 4, Wiedner Hauptstraße 32 (mit Parkmöglichkeit), statt. Jedermann im Alter von 18 bis 65 Jahren, der gesund ist, kann sich daran beteiligen – auch bei einer Erstspende.

Werte Landsleute, liebe Leser und Freunde! Sie sind dazu aufgerufen, im Sinne der Menschlichkeit zu kommen; 54 Menschen verbluteten am 4. März 1919, 241.000 starben bei der Vertreibung, das sollte doch

Anlaß sein, etwas Gutes zu tun! Und sollten Sie aber zwischen 15.00 und 17.30 Uhr nicht kommen können, sondern schon am Vormittag (ab 7.00 Uhr ohne Pause möglich), dann geben Sie bitte bei der Krankenschwester unbedingt an, daß Sie zur Blutspendeaktion der Sudetendeutschen kommen, man wird dies dort entsprechend registrieren.

Aus organisatorischen Gründen wird um Voranmeldung bei den Funktionären der Jugend beziehungsweise der SLÖ-Bundeschäftsstelle, Wien 3, Steingasse 25, Montag bis Freitag von 9.00 bis 12.00 Uhr, Telefon und Fax: (01) 718 59 19, gebeten, damit wir die Vorausplanung mit dem Roten Kreuz machen können. Eine Voranmeldung ist nicht Bedingung fürs Blutspenden, falls man sich erst im letzten Augenblick dazu entschließt!

Wir hoffen auf zahlreiche Beteiligung.

Sudetendeutsches Musikinstitut sucht Sänger(innen) und Musiker(innen)

Vom Montag, dem 1. August (Anreisetag), bis Sonntag, dem 7. August 2005 (Abreisetag), finden in der Bayerischen Musikakademie Schloß Alteglofsheim (bei Regensburg) die 28. Sudetendeutschen Musiktage statt.

Der gemischte Chor (Leitung: Ralf Junghöfer) und das große, voll besetzte Sinfonieorchester (Leitung: Widmar Hader) sowie einzelne Bläserensembles (Leitung: Hermann Seidl) werden Werke aus verschiedenen Epochen einstudieren und aufführen.

Für das Orchester sind u. a. vorgesehen: Werke von Gottfried Finger, Christoph Willibald Gluck (aus der Oper „Echo und Narziss“), Josef Schramek (Ouvertüre und Marsch mit Chor aus dem historischen Singspiel „Die Hütte bei Moskau“) und Joseph Wolfram (aus der Oper „Der Bergmönch“). Der Chor bringt das Requiem von Joseph Wolfram (1790 – 1839) zur Erstaufführung in neuer Zeit. Ferner stehen weitere a-cappella-Chorwerke, Opernchöre und Bläsermusik auf dem Programm.

Es sind drei Konzerte in Alteglofsheim vorgesehen:

○ Dienstag, 2. August 2005, 19.30 Uhr, Eröffnungskonzert im Konzertsaal der Musikakademie mit Klavier- und Kammermusik von Heinrich Simbriger u. a.

○ Freitag, 5. August 2005, 19.30 Uhr, Geistliche Abendmusik in der Pfarrkirche in Alteglofsheim u. a. mit dem Requiem von Josef Wolfram.

○ Samstag, 6. August 2005, 19.30 Uhr,

Chor- und Orchesterkonzert im Konzertsaal der Musikakademie.

Eingeladen sind Musiker, Musikpädagogen, Chorsänger, qualifizierte Musikliebhaber, Studenten und Schüler (Mindestalter 16 Jahre). Gebraucht werden für den gemischten Chor Soprane, Alte, Tenöre und Bässe und für das voll besetzte Sinfonie-Orchester zwei Querflöten (eine auch Piccolo), zwei Oboen, zwei Klarinetten (A und B), zwei Fagotte, zwei Hörner, drei Trompeten (auch Piccolo), drei Posaunen, Pauken und Schlagzeug sowie Streicher.

Zur häuslichen Vorbereitung wird das Notenmaterial rechtzeitig vorher zugeschickt.

Die Reisekosten müssen von den Teilnehmern selbst getragen werden.

Der Teilnehmerbeitrag (einschließlich Unterkunft und Verpflegung) beträgt € 170,-, (für Schüler und Studenten ist eine Ermäßigung auf € 150,- möglich), für Teilnehmer aus der Tschechischen Republik: € 85,- (Schüler und Studenten € 75,-).

Die Unterbringung findet in Zweibettzimmern der Musikakademie statt. (Auf Wunsch stehen einige Einzelzimmer zum Aufpreis von € 9,- pro Nacht zur Verfügung.)

Anfragen und Anmeldungen richten Sie bitte an das Sudetendeutsche Musikinstitut (Träger: Bezirk Oberpfalz), Ludwig-Thoma-Straße 14, D-93051 Regensburg, Tel.: 0 941 / 92 0 72-0, Fax: -69, E-Mail: widmar.hader@bezirk-oberpfalz.de

Wir laden Sie herzlich ein

14. und 15. Mai 2005
Augsburg56. Sudetendeutscher Tag
Vertreibung überwinden -
Ausgleich schaffen
www.sudeten.deVolleyballturnier in
Biedermannsdorf

Am Samstag, dem 12. März, findet in der Jubiläumshalle in Biedermannsdorf bei Wien ein Volleyballturnier statt. Beginn ist um 14 Uhr, Ende gegen 16 Uhr. (Eintreffen in Biedermannsdorf bis 13.45 Uhr.) Das Spielen ist nur mit Turnschuhen gestattet. Duschen sind vorhanden.

Zwecks Deckung der Hallenmiete wird von allen aktiven Teilnehmern ein Beitrag eingehoben. Herzlich willkommen sind auch Zuseher jedweden Alters, die die Spieler anfeuern (diese werden ebenfalls ersucht, Hausschuhe zum Betreten der Halle mitzunehmen). Interessierte, die gerne mitspielen wollen, mögen sich bitte so bald als möglich bei uns melden: Sudetendeutsche Jugend, Telefon und Fax: (01) 718 59 13. Bitte Alter und telefonische Erreichbarkeit angeben – wir rufen gerne zurück!



Nordmähren

Die Weihnachtsfeier war gut besucht und die Stimmung war ausgezeichnet. Wir konnten wie immer viele Mitglieder und Landsleute in unserer Runde begrüßen. Die musikalische Umrahmung fand diesmal durch die beiden Kinder des Obmannes statt. Für Speis und Trank war bestens gesorgt. Obmann Ing. Baschny nutzte auch die Gelegenheit, sich recht herzlich bei all jenen zu bedanken, welche im Jahre 2004 zum guten Gelingen unserer Veranstaltungen – sei es durch Teilnahme, aber auch durch aktive Mithilfe – beigetragen haben. – Besonderer Dank gilt dem Ehepaar Eva und Adolf Löffler, welche in unserer Heimatgruppe über viele Jahre hindurch treu und gewissenhaft im Vorstand mitgearbeitet haben. Aufgrund gesundheitlicher Probleme scheiden leider beide aus dem aktiven Vorstand aus. Herzlichen Dank auf diesem Wege für die geleistete Arbeit! – Unsere Obmannstellvertreterin, Frau Professor Dr. Grete Weigert, feierte kürzlich ihren 90. Geburtstag. Die Heimatgruppe möchte auch auf diesem Wege der Jubilarin alles Gute und vor allem Dingen viel Gesundheit wünschen. – Weitere Treffen finden im „Haus der Heimat“ ab 15.00 Uhr, am 28. Februar, 21. März, 25. April 30. Mai und 27. Juni statt. Wir hoffen auf zahlreichen Besuch! Interessierte und Landsleute sind herzlich willkommen.

Obmann Ing. Baschny

Mährisch-Trübau in Wien

Zum ersten Heimatabend im neuen Jahr begrüßte am 20. Jänner der Obmann alle treuen Besucher unserer monatlichen Zusammenkünfte sehr herzlich. Er überbrachte die Grüße unserer erkrankten Schriftführerin, die allen Wünsche für bestes Wohlergehen für das Jahr 2005 übermitteln ließ. Lm. Grolig trug nun launige Verse über die Altersphasen vor, die seiner Frau von Freunden zugeordnet wurden. Daraufhin gratulierte er allen im Jänner Geborenen und wünschte bestmögliche Gesundheit. Es sind dies: Gertrude Jesser, geb. Hertl (3. 1. 1923); Maria Starkbaum (3. 1. 1911); Martha Grolig (5. 1. 1931); OSR. Robert Schmid (8. 1. 1915), er wurde zum 90er freudig akklamiert. Das Ehepaar Dr. Christa Grolig (16. 1. 1928) und Franz Grolig (16. 1. 1936) feierte gemeinsam seinen Ehrentag, weiters Prof. Franz Negrin (22. 1. 1923) und Dir. Edeltraut Frank (24. 1. 1936) und Dipl.-Ing. Erhard Hauser (24. 1. 1930). Unser Beisammensein an diesem linden, doch stürmischen Wintertag gestaltete Ing. Toni Grolig mit Vorträgen zur Winterson-

nenwende und über die Rauhnächte und gekonnte Lesungen der Gedichte „Demut“ und „Blaue Schatten im Schnee“. Anschließend gab OProk. Grolig der Hoffnung Ausdruck, daß er alle wieder zum nächsten Heimabend am 17. Februar begrüßen könne und warb für die Teilnahme am „Ball der Heimat“ am 19. Februar im Hotel Wimberger und an der Märzgedenkenfeier am 5. März im Kongreßhaus in Margareten. Zum Schönhengster Jahrbuch 2005 dankte der Obmann den beiden Landsleuten Fritz Glotzmann und Franz Negrin für ihre interessanten Beiträge und sprach ihnen seine Anerkennung aus. Daraufhin entspann sich zu unserer Heimatliteratur eine angeregte Diskussion. Zum Heimatbrief wurde besonders vermerkt, daß in der Jänner-Nummer eine ganze Seite dem Altvaterturm, dem Mahmal gegen Unrecht und gegen Vertreibung, gewidmet wurde. Die Landsleute nahmen dies interessiert zur Kenntnis, da diese Frage schon lange ein Gesprächsthema war. Der Obmann brachte dann auch noch die Planung für eine Frühlingssfahrt ins Gespräch. Alle Landsleute mögen sich Vorschläge überlegen und diese dann unterbreiten. – Abschließend wünschte OProk. Franz Grolig allen Landsleuten eine beschwingte Faschingszeit und für den Abend noch gute Unterhaltung.

Ilse Negrin

Humanitärer Verein von
Österreichern aus Schlesien

5. Jänner: Mit Krapfen wird der Faschingsnachmittag eröffnet. Etliche Landsleute haben lustige Gedichte mitgebracht, die mit Heiterkeit aufgenommen werden. Wir beglückwünschten die Geburtstagskinder und Herbert berichtet als schlesischer Vagabund allerhand aus dem Vereinsgeschehen. Auch an die Köhlerbergwallfahrt im Juli wird erinnert. Jetzt warten wir nur auf Anmeldungen. Erinnern möchte ich an den Diavortrag von Klaus Seidler über das Riesengebirge am 18. Februar. Am 19. Februar gibt es den Ball der Heimat. Wir freuen uns auf zahlreichen Besuch der nächsten Treffen.

H.B.

Frauengruppe der SL Wien

Unsere Nachmittage finden jeweils am zweiten Dienstag eines Monats, ab 15 Uhr, im Café Salon, Josefstädter Straße 30, statt. Ich würde mich freuen, wieder viele Landsleute zu treffen.

J. v. Ethhofen

Erzgebirge – Egerland

Diesmal fand unsere Vorweihnachtsfeier am 10. Dezember 2004 ohne unseren Musikprofessor Erhard Uhl statt. Der Grund war eine schwere Erkrankung seiner Gattin. Als Gestalterin entsandte er die vielseitige Künstlerin Erika Kreiseder, in Begleitung eines Orgelspielers. Die Beiden boten im Wechselspiel Gesang, Musik und Vorträge, ein Programm, welches unseren Vorstellungen entsprach und unaufgefordert die Besucher zum Mitsingen einiger Weihnachtslieder anregte. Als Vortragende unserer Heimatgruppe wirkten mit: Obmann Albert Schmidl, Obmann-Stellv. W. Mattausch, und mit Erzgebirgsliedern, gespielt auf der Harmonika, Frau Dipl.-Ing. P. Mayas. Vor Beginn der besinnlichen Feier begrüßte Obmann Schmidl die zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste. Schriftführerin H. Ableidinger gratulierte allen anwesenden und ferngebliebenen Mitgliedern, die im Dezember Geburtstag hatten. Frau Emmi Posvek erhielt anlässlich ihres „Runden“ einen Blumenstock. So wie alle Jahre, erhielten auch diesmal alle Besucher ein Geschenk des Vereins. Gedankt wurde auch Frau und Herrn Mussner für die Vorbereitungsarbeiten und die aufmerksame Bedienung. Wie schon seit vielen Jahren, hat unsere Sozialreferentin M. Richter wieder mehrere Mitglieder daheim und in Heimen besucht und ihnen klei-

ne Geschenke mitgebracht. Auch ihr in unser aller Namen ein herzliches „Dankeschön“. – Jänner-Heimatsnachmittag: Infolge der Abwesenheit des Obmannes Schmidl, wegen Krankheit, oblag es Obmann-Stellv. W. Mattausch, die Begrüßung und den Ablauf des Nachmittages durchzuführen. Frau Schmidl übermittelte Grüße ihres Gatten. Eine gute Hand hatte W. Mattausch bei der Auswahl eines Artikels aus der „Sudetendpost“, den er vollinhaltlich vorlas, welcher die Situation unseres Stadortes verdeutlichte. Schriftführerin H. Ableidingers Hauptaufgabe, Geburtstage bekanntzugeben und zu gratulieren, erfüllte sie gekonnt wie eh und je. Zwei besinnliche Gedichte, vorgetragen vom Obmannstellvertreter, beschlossen den ersten Teil des Programmes. Nach einer Pause wurde ein sogenannter Kulturfilm – aus München angeliefert – über Saaz vorgeführt, der durch fragwürdige Aussagen tschechischer Zeitzeugen bei etlichen Zusehern Unmut erregte. Leider gibt es wenige Filme, die über unser Problem objektiv berichten. – Das nächste Treffen im Faschingsmonat Februar ist am Freitag, dem 11. 2., um 15 Uhr, im „Haus der Heimat“, Wien 3., Steingasse 25.

Mähr. Ostrau, Oderberg
Friedek und Umgebung

Unser erster Heimatsnachmittag nach den Ferien war ausgezeichnet besucht und ich konnte mit Freude eine ansehnliche Anzahl von Mitgliedern und Freunden der Heimatgruppe begrüßen. Nach einer Lesung und der Berichterstattung über die derzeitige Situation in Tschechien widmeten wir uns persönlichen Aussprachen und überlegten, ob wir uns an einer Reise ins Altvatergebirge und in die Beskiden beteiligen sollten. Die Fahrt wird vom Reisebüro „Elite“ vom 13. bis 16. Mai 2005 veranstaltet. Wer sich beteiligen möchte, möge mir dies beim nächsten Treffen mitteilen. Heute schon gebe ich Ihnen bekannt, daß Lm. Seidler am 7. April einen seiner so gern gesehenen Dia-Vorträge halten wird. Bitte diesen Termin vorzumerken und zahlreich zu erscheinen. Gäste sind gerne gesehen. – Unsere Nachmittage finden nach wie vor ab 16.00 Uhr, am ersten Donnerstag eines Monats, im Café Salon, Josefstädter Straße 30, 1080 Wien, statt. Auf ein Wiedersehen freut sich

Ihre Johanna von Ethhofen
und der gesamte Vorstand.

OBERÖSTERREICH

Verband der
Südmährer in OberösterreichObmann Josef Nohel
– 75 Jahre

Am 15. Februar 2005 feiert Josef Nohel, Obmann des Verbandes der Südmährer in Oberösterreich, seinen „75er“. Seit dem Gründungsjahr unseres Verbandes 1953, also seit nunmehr 52 Jahren, ist sein Leben mit „seinem“ Verein verbunden, dem auch sein Vater,

Ing. Josef Nohel, von Anfang an als Mitglied angehörte, zuletzt als Obmann und schließlich als Ehrenobmann. Ebenfalls von Anfang an war auch unser Josef Nohel als Funktionär tätig, zuerst als Beirat, dann als Verbandskassier und seit 1994 als Obmann. – Obmann Josef Nohel setzt mit unermüdlichem Einsatz seine wertvolle Arbeit für die Sache der Südmährer im Geiste seiner Vorgänger (seines Vaters und des kürzlich verstorbenen RR Ludwig Deutsch) fort. Es verbindet ihn ein enges und persönliches Verhältnis zu allen Verbandsmitgliedern. Sein Organisationstalent und die umsichtige Vorbereitung der Veranstaltungen, die er weitgehend selbst durchführt, und seine Freude am Arrangieren machen die jährlichen Veranstaltungen unseres Verbandes nach wie vor zum Erlebnis. Diese Tätigkeit wird allerdings für ihn immer schwieriger, weil mit fortschreitendem Alter seine vorhandenen Gesundheitsprobleme nicht gerade leichter werden. Umso mehr müssen wir es ihm danken, daß seine Bemühungen um den Verband ungebrochen bleiben und er die Aktivitäten, die oft über den Rahmen seines Amtes hinausgehen, nach wie vor in idealistischer Weise wahrnimmt. – In Anerkennung seiner Leistungen wurden Obmann Josef Nohel im Laufe der Zeit eine Reihe von Auszeichnungen verliehen. – Die Mitglieder des Verbandes der Südmährer in Oberösterreich gratulieren dem Jubilar, danken ihm für seinen Einsatz und wünschen ihm weiterhin das Allerbeste, vor allem eine zufriedenstellende Gesundheit.

H.H.

Geburtstage: Die Verbandsleitung wünscht auf diesem Wege allen im Monat Februar geborenen Jubilaren alles Gute, vor allem Gesund-

heit und Wohlergehen. Sie gratuliert aber besonders zum: 85. am 24. 2. Alois Keck aus Eisgrub, 82. am 20. 2. Emmy Eigner aus Bratelsbrunn, 75. am 15. 2. Josef Nohel aus Znaim, 75. am 15. 2. Erna Mittmannsgruber aus Wengerschlag, 75. am 27. 2. Emma Künstler aus Kleingrillowitz, 74. am 5. 2. Maria Leitner aus Großtaxis. – **Todesfall:** Wir trauern um unser langjähriges Mitglied Herrn Karl Koplinger, Obmann des Sudetendeutschen Pressevereins, der uns am 13. 1. 2005 für immer verlassen hat. Der Familie unser aufrichtiges Beileid.

Freistadt

Demnächst feiern folgende Mitglieder Geburtstag: 6. 2. OSR Franz Tomschi, 9. 2. Henriette Leitner, Summerau; 12. 2. Johann Kriegl, 12. 2. Leopoldine Preinfalk, 13. 2. Helmut Haider, 16. 2. OSR Hubert Roß, 18. 2. Johann Birklbauer, 18. 2. Hofrat Mag. Hans Zehrl, 19. 2. Maria Reichensdörfer, 21. 2. Ing. Wilhelm Müller, 23. 2. Adolf Kriegl. Wir gratulieren allen Geburtstagskindern sehr herzlich und wünschen ihnen für die Zukunft alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen.

Helga Kriegl

Gmunden

Im Februar feiern Geburtstag: Hildegard Binder am 10. (82) und Eva Gey am 26. (78). Herzliche Glück- und Segenswünsche und für den weiteren Lebensweg alles erdenklich Gute. – Unser nächstes Treffen findet am Donnerstag, dem 17. Februar, um 14.30 Uhr, im „Goldenen Brunnen“ statt.

Herlinde Lindner

Landesgruppe Oberösterreich



Franz Löffler verstor-

ben. Wir kennen ihn als langjähriges Mitglied des Landesvorstandes; als aufrechten und zuverlässigen Menschen, der auch immer für die Belange und vor allem das Recht der vertriebenen Sudetendeutschen eingetreten ist. Wir vergessen auch nicht sein Wirken und Leiten in unserer Bezirksgruppe Neue Heimat, das er gemeinsam mit Rudolf Lausacker in so vorbild-

licher Weise unter Beweis gestellt hatte. Auch sei an dieser Stelle seiner Tochter, Frau Kloibhofer, für die Unterstützung zu danken, die sie für ihren Vater im Rahmen der Vereinsarbeit im besten Sinne geleistet hat. – Franz Löffler war in unserem Landesvorstand für die Finanzen zuständig und hat durch seine Ruhe, Besonnenheit und Zuverlässigkeit viel zu einer gedeihlichen Arbeit in unserem Verband beigetragen. – Das Begräbnis fand am 27. Jänner 2005 am St.-Barbara-Friedhof in Linz statt. Franz Löffler war im 89. Lebensjahr und wurde in Reichenau an der Malsch geboren. – Wir bedanken uns, lieber Franz, noch ein letztes Mal bei Dir, mit aller Herzlichkeit.

Enns-Neugablonz – Steyr

Im Monat Februar haben folgende Mitglieder Geburtstag: Gerhard Pauer am 1. 2. (75er); Lotte Wenzel am 15. 2.; Johann Probst am 15. 2.; Julie Gerhard am 21. 2.; Rudolf Zappe am 26. 2.; Manfred Jäkel am 28. 2. Wir wünschen den Geburtstagskindern viel Glück und Freude und vor allem gute Gesundheit. – Bitte nicht auf unseren nächsten Stammtisch am 10. Februar, 15 Uhr, im Café Hofer, vergessen. – Besten Dank für € 30,-, eingegangen als Kranzablösespende von Herrn Karl Binder im Gedenken an Frau Adele Hartig.

Ch.N.



NIEDERÖSTERREICH

St. Pölten

SLÖ St. Pölten trauert
um Ing. Gustav Pittner.

„Ich hatt' einen Kameraden, einen besseren findst Du nicht“ – besser als mit diesem wunderbaren Liedtext kann das Wesen des Verstorbenen nicht gezeichnet werden. Landsmann Pittner wurde am 7. Mai 1922 in Komotau geboren, als fünftes Kind in einer Geschwisterreihe von sieben Kindern von Karl und Gisela Pittner. Nach seiner Schulzeit in der Sudetendeutschen Heimat entdeckte er die Liebe zum Försterberuf. Er mußte zufolge der seinerzeitigen Gegebenheiten die begonnene Forstschule abbrechen und flüchtete mit dem Fahrrad nach Österreich. Im Stift Göttweig

fand er eine Anstellung als Forstpraktikant. Hier lernte er auch seine Frau Gisela kennen. 1942 mußte er zum Kriegsdienst in Dienten am Hochkönig, wo er wieder als Forstpraktikant arbeiten und 1947/1948 die Forstschule in Orth bei Gmunden abschließen konnte. 1949 übersiedelte er mit seiner Familie nach Langenlois, wo er als Revierleiter im „Vierziger Wald“ bis zu seiner Pensionierung 1982 tätig war. 1993 konnte er im Kreise seiner Familie, den Familien seines Sohnes Walters und seiner Tochter Helga, mit acht Enkelkinder und sieben Urnenkel das Fest der Diamanten Hochzeit feiern. Am Freitag, 21. Jänner 2005, ist Ing. Pittner, nach kurzer Krankheit, unerwartet schnell im 83. Lebensjahr im Krankenhaus Krems verstorben. Noch im Dezember 2004, anlässlich der Weihnachtsfeier der SLÖ St. Pölten, meinte er dem Schreiber dieser Zeilen gegenüber: „Du, im Jänner werde ich nicht kommen, da wird viel Schnee sein!“ Niemand ahnte, welche Bedeutung diese Aussage haben würde. Eine große Trauergemeinde geleitete den Verstorbenen am 28. Jänner in Krems auf seinem letzten Weg. Mit eindrucksvollen Worten zeichnete Pfarrer Dr. Christian Halama den arbeitsreichen und erfüllten Lebensweg von Oberförster in Ruhe Ing. Gustav Pittner. Die SLÖ St. Pölten war durch acht Landsleute vertreten, der Bundesverband durch Alfred Bäcker. Obmann Franz Schaden würdigte in seiner Rede die Heimattreue unseres Landsmannes: – Ing. Pittner und seine Verdienste um die SLÖ St. Pölten: Ing. Gustav Pittner hat kurz nach der Gründung der SLÖ St. Pölten zu unserer Gruppe gefunden und hat von Anfang an aktiv am Vereinsgeschehen mitgearbeitet. Ing. Pittner „unser Gustav“ – wie er vielen ein Freund geworden war, war bei den Landsleuten überaus beliebt und durch seine Leserbriefe in der „Sudetenpost“ weit über die Grenzen Österreichs hinaus bekannt. Mit seinem Gerechtigkeitsinn konnte er die Vertreibung von über drei Millionen Menschen aus dem Sudetenland nicht hinnehmen, vor allem nicht, daß dieses Unrecht andauert und von der Politik totgeschwiegen wird. Der Obmann konnte auch namens der Redaktion der „Sudetenpost“ Dankesworte aussprechen für die jahrelange Mitarbeit und die zahlreichen ausgezeichneten Leserbriefe, historisch immer bestens fundiert. Nach dem Vertreter der Forstverwaltung würdigte Alfred Bäcker namens des SLÖ-Bundesverbandes die überaus großen Verdienste von Lm. Pittner und seinen unermüdeten Einsatz für die Heimat, für Recht und Gerechtigkeit. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft wird Landsmann Ing. Pittner ein ehrendes Andenken bewahren.

Mit einem kurzen Rückblick auf das Jahr 2004 – vor allem auf die bestens besuchte Adventfeier am 19. Dezember im Pfarrsaal St. Josef – und einem Ausblick auf das Gedenkjahr 2005 wurde das Arbeitsjahr in St. Pölten begonnen. Laut einstimmigem Beschluß wird am 5. März 2005 ein „4.-März-Gedenken“ in Sankt Pölten, Bahnhofplatz – Ecke Kremser Gasse (vor dem Zeilinger-Haus mit dem Geschäft Libro) abgehalten. Nach ausführlicher Diskussion wird auch einvernehmlich beschlossen, die Monatsversammlungen bis auf weiteres im Gasthof Graf durchzuführen. – Frau Ilse Weitz ließ es sich nicht nehmen, alle Landsleute aus Anlaß ihres runden Geburtstages zu einem Glas Wein einzuladen. – Nächster Heimatsamstag in St. Pölten: Freitag, 18. 2., ab 14 Uhr, unter der Devise „Fasching“ – mit lustigen Lesungen. Ein Ehrengast aus Furth-Göttweig, Frau Prof. Musiol-Solinger, wird uns mit humorvollen Kurzgeschichten und Gedichten erheitern. Obmann Reg.-Rat Franz Schaden



TIROL

Innsbruck

Am letzten Donnerstag im Monat treffen sich die Frauen der SLÖ Innsbruck immer im Café Lamprecht in der Herzog-Friedrich-Straße in der Altstadt. Wegen des kalten Wetters und krankheitshalber waren am 27. Jänner nur sieben Frauen zur Zusammenkunft gekommen. Doch auch in der kleinen Runde gab es eine nette Unterhaltung bei Kaffee und Kuchen. Die Männerstammtischrunde im Café Sacher leidet ebenfalls unter der schwachen Beteiligung.

Dürfen wir nochmals alle Landsleute ersuchen, die angekündigten Zusammenkünfte zu besuchen. – **Todesfall:** Eine kleine Trauergemeinde gab unserer sudetendeutschen Heimgastfreundin Frau Herta Woletz am 27. Jänner am offenen Grab am Innsbrucker Westfriedhof die letzte Ehre. Der evangelische Pastor schilderte bei der Verabschiedung den schweren Lebensweg der Verstorbenen. Von der Vertreibung aus der alten Heimat, dem Tod ihres Ehegatten mit nur 38 Jahren und den Verlust ihres Sohnes im Jahr 2001. Nach diesem schweren Schicksalsschlag verlor unsere Heimgastfreundin immer mehr ihren Lebensmut. Auch der Obmann der SLÖ Innsbruck schilderte mit wenigen Worten die Lebensstationen der am 23. Jänner im 92. Lebensjahr verstorbenen Reichenbergerin. Im Jahre 1951 kam die Familie von Wien nach Innsbruck. Den Lebensunterhalt besserte sie immer mit verschiedensten Nahrarbeiten auf. Sie besuchte früher regelmäßig unsere Zusammenkünfte, war bei den Ausflugsfahrten stets humorvoll und immer gern gesehen. Im April des Vorjahres erlitt sie einen Schlaganfall, der eine halbseitige Lähmung und den Verlust ihrer Sprache verursachte. Im St.-Clara-Heim in Hall in Tirol fand sie eine liebevolle Aufnahme und Pflege. Ihre Freundinnen Gisi Raschenberger und Dr. Alice Haffner standen ihr schon vor, besonders aber während des langen Krankenhauses stets hilfreich zur Seite und besuchten sie regelmäßig. Am 23. Jänner verstarb Frau Herta Woletz. Ihr langersehnter Wunsch, mit ihrem Ehemann und Sohn wieder vereint zu sein, ging somit in Erfüllung. Auch wir werden unsere sudetendeutsche Heimgastfreundin in dankbarer Erinnerung behalten.

Siegfried Schwarz



SALZBURG

Landesverband Salzburg

Liebe Landsleute, wir erinnern Sie an unsere bereits im Herbst-Rundschreiben bekanntgegebene Jahreshauptversammlung mit Neuwahl, die am Dienstag, dem 8. März 2005, mit Beginn um 15 Uhr, im Restaurant „Stieglbräu“, in der Rainerstraße, durchgeführt wird. Bitte merken Sie diesen wichtigen Termin vor und kommen Sie pünktlich vor Beginn. – Nun zu unserem Faschings-Heimatsamstag am Dienstag, dem 25. Jänner, nach dem Landesobmann Mai viele Besucher in lustiger und einfallreicher Verkleidung begrüßen konnte. Lm. Kurt Starke sorgte mit seiner Ziehharmonika für die musikalische Unterhaltung, und mit Anekdoten und witzigen Beiträgen verging dieses Beisammensein, als kleine Abwechslung zum Alltag, viel zu schnell. – Unseren im Februar geborenen Landsleuten gratulieren wir herzlich, wünschen viel Glück, Wohlbefinden und beste Gesundheit: Franca Mallmann am 3. nachträglich besonders herzlich, Theresia Franz in St. Gilgen am 14., Rudolf Graf Kinsky in Zell am Moos am 21., Walter Zuckriegel am 22. und Maria Mace in Hallein am 27. E. P.

Sudetenpost

Eigentümer und Verleger:

Sudetendeutscher Presseverein, Kreuzstraße 7, 4040 Linz, Ruf u. Fax: 0732 / 700592, **Obmann: Karl Koplinger f.** Geschäftsführer: Ing. Peter Ludwig, Alle in 4040 Linz, Kreuzstraße 7. Druck: LANDESVIRLAG Druckservice, 4600 Wels, Boshstraße 29. Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. Jahresbezugpreis: Inland € 32,50, inkl. 10 Prozent Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Europa: € 39,30, Übersee: € 56,00; Einzelpreis: € 1,50, Postsparkassenkonto 7734.939, Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Konto-Nr. 0000-028.135. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank, Passau, Konto-Nr. 89869, Blz. 74090000. – Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz.

OFFENLEGUNG NACH § 25 MEDIENGESETZ:

Medieninhaber:

Sudetendeutscher Presseverein mit Sitz in Linz. Seine Tätigkeit erstreckt sich auf das Bundesgebiet Österreichs.

Grundlegende Richtung:

Der Verein bezweckt die Herausgabe und den Vertrieb von Pressezeugnissen, vor allem unter den Heimatvertriebenen in Österreich, insbesondere die Herausgabe der Zeitung „SUDETENPOST“, als Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich. Die Tätigkeit des Sudetendeutschen Pressevereins ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Bundesabgabenordnung.

BESTELLSCHHEIN FÜR DIE Sudetenpost

Bestellschein bitte ausschneiden und einsenden an:
„Sudetenpost“, Kreuzstraße 7, 4040 Linz. Telefonische Bestellung: 0 73 2 / 70 05 92.

Ich abonniere die „SUDETENPOST“ für mindestens ein Jahr!

Name: _____

Straße: _____

Plz: _____ Ort: _____ Telefon: _____

Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. – Jahresbezugpreis: Inland € 32,50, inkl. 10 % Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Europa: € 39,30, Übersee: € 56,00. – Postsparkassenkonto Nr. 7734.939 Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Kontonummer 0000-028.135. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank Passau, Kontonummer 89869, Blz. 74090000. – Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz. – Telefon und Fax: 0 73 2 / 70 05 92.

03 – 2005



DIE JUGEND BERICHTET

Jugendredaktion 1030 Wien, Steingasse 25, Tel. / Fax 01 / 718 59 13
Internet: www.sdjoe.at
E-Mails: office@sdjoe.at

Bundesverband

Das diesjährige Jubel- und Gedenkjahr – 60 Jahre Kriegsende, 50 Jahre Staatsvertrag, Neutralität und Bundesheer, zehn Jahre EU-Mitglied – und 60 Jahre nach Flucht und Vertreibung der Volksdeutschen (Altösterreicher deutscher Muttersprache) aus ihren jahrhundertelangen Heimatgebieten – hat begonnen und wirft seine Schatten voraus. Für uns gilt es, daß wir gerade in diesem Jahr immer wieder bei unseren überregionalen Veranstaltungen präsent sind. Damit beweisen wir in der Öffentlichkeit, daß wir eine geschlossene Gemeinschaft sind. Schon in nächster Zeit bieten sich dafür einige Gelegenheiten an: So am Samstag, dem 19. Februar, beim 3. Ball der Heimat im Arcotel (Wimberger) in Wien 7, Neubaugürtel Nr. 34. Nächster Termin ist dann das 4.-März-Gedenken am Samstag, dem 5. März, 15 Uhr, im Kongreßhaus, in Wien 5, Margaretengürtel 155. Es folgen dann der Sudetendeutsche Tag zu Pfingsten in Augsburg, das Kreuzbergtreffen am 29. Mai in Klein Schweinbarth, das Böhmerwälder-Treffen in Linz, das Sommerlager für Kinder in Murau vom 9. bis 16. Juli, am 14. August der Südmährer-Kirtag in Niedersulz, der Sudetendeutsche Heimgasttag in Wien und Klosterneuburg (17. / 18. 9.), nur um einige zu nennen (keine Gewähr auf Vollständigkeit). Da sollten wir in großer Anzahl mit allen Generationen vertreten sein – denn auch wir gedenken, und zwar 60 Jahre Flucht und Vertreibung! Dieses Gedenken sollte auch Anlaß für ein öffentliches Gedenken durch unsere Staatsverantwortlichen sein, wie wir meinen. – Hinweisen möchten wir auf das Sommerlager vom 9. bis 16. Juli auf der Frauenalpe bei Murau in der Steiermark, für Kinder und junge Leute im Alter von zirka sieben bis 16 Jahre aus ganz Österreich.

Landesgruppe Wien

Zusammenkünfte sind jeweils am Mittwoch, im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25, Hoftrakt, 2. OG, Beginn um 19 Uhr. – Unser Kinderfaschingsfest war ein großer Erfolg. An die 30 Kinder samt Begleitpersonen waren gekommen. Am Vormittag wurden bereits die Vorbereitungen für den Nachmittag getroffen. Und alle Teilnehmer, ob klein, ob groß, waren mit großer Begeisterung, mit viel Schwung und Musik, zahlreichen lustigen Spielen – natürlich alles unter sachkundiger Leitung – bei diesem Kinderfaschingsfest. Die Kinder wollten bei den verschiedenen Spielen nicht aufhören und forderten immer wieder Zugaben. Selbstverständlich wurde auch für das leibliche Wohl gesorgt und in Windeseile waren mehr als fünfzig Krapfen verspeist und der Kakao oder Tee ausgetrunken. Die Begleitpersonen wurden mit Kaffee und Getränken bestens versorgt. Schnell verging die Zeit und man konnte es nicht fassen, daß das Fest – es dauerte mehr als vier Stunden – so rasch zu Ende war. Die Zeit verging wie im Fluge und es gab auch einige Tränen, als alles vorbei war. Man freut sich jedoch schon auf das nächste Jahr, wo wieder ein Kinderfaschingsfest stattfinden wird. – Eine Stunde später begann das Faschingskränzchen / Gschnas, welches seit Jahren gemeinsam mit der ÖAV-Sektion Reichenberg (viele ältere und jüngere Freunde sind Sektionsmitglieder) durchgeführt wird. Es konnten über vierzig „Faschingsnarren“, zumeist in schöner und lustiger Maskerade, begrüßt werden. Etliche Eltern und Großeltern, die beim Kinderfaschingsfest dabei waren, blieben auch beim Gschnas – so soll es auch sein. Alle haben sich bestens unterhalten, dafür sorgte die Musik für jedermann vom CD-Player: Vom Walzer über Austro-Pop, Oldies, bis zum Disco-Sound. Dazu wurde überaus fleißig das Tanzbein geschwungen. Für das leibliche Wohl sorgten wieder Martina, Toni usw. mit einem erstklassigen Schweinsbraten mit Kraut und Knödeln, einer bestens schmeckenden Gulaschsuppe sowie mit verschiedenen Würsteln, Toasts, Kaffee und alle Getränke. Von dieser Stelle aus allen, die bei den Vorbereitungen mitgeholfen hatten und hinter der Theke standen, ein großes, herzliches Dankeschön. Und der Geburtstag von Edwine wurde um Mitternacht gebührend gefeiert – wir gratulieren nochmals herzlich. – Sehr spät verließen die letzten Besucher das „Haus der Heimat“ und alle freuen sich schon jetzt auf das Gschnas / Faschingsfest im kommenden Jahr – wozu wir jedermann recht herzlich einladen, darunter auch die tanzfreudigen älteren Landsleute. – Für die vielen und aufwendigen Vorbereitungen bei der Durchführung von Kinderfest und Gschnas, egal, wo und an welcher Stelle, gilt es allen recht herzlich zu danken – Ihr wart wirklich Spitze. – Am Samstag, dem 19. Februar, findet im Hotel Wimberger, Wien 7, Neubaugürtel 34, der 3. Ball der Heimat aller Landsmannschaften statt. Wir rufen jedermann, gleich welchen Alters, egal ob sudetendeutscher Herkunft oder nicht, nochmals recht herzlich zur Teilnahme auf. Beginn ist um 18 Uhr (Einlaß ab 17 Uhr),

Begrüßung und Einzug der Trachtengruppen um 19 Uhr. Vorverkaufskarten erhält man noch bis Freitag, dem 18. Februar, bei der SLÖ, Steingasse 25, 1030 Wien, von 8 bis 13 Uhr, Tel. und Fax: (01) 718 59 19, zum Preis von 25 Euro, an der Abendkasse um 30 Euro, Jugendliche, Studenten mit Ausweis und Militär 20 Euro. Man sollte sich jedoch nicht bis zum letzten Tag Zeit lassen. – 4. März: Blutspendeaktion beim Roten Kreuz, Wien 4, Wiedner Hauptstraße 32. – 5. März: Gedenkstunde für die Opfer des 4. März 1919 und der Vertreibung im Kongreßhaus, Wien 5, Margaretengürtel Nr. 138, Beginn um 15 Uhr. – Samstag, dem 12. März: Volleyball-Turnier in Biedermannsdorf (Beginn um 14 Uhr).

Landesgruppe Niederösterreich

Über das Faschingskränzchen / Gschnas und das Kinderfaschingsfest im „Haus der Heimat“ findet Ihr einen Bericht unter „Wien“. Aus der Umgebung Wiens waren etliche Teilnehmer bei diesen Festen dabei und haben sich bestens unterhalten. Wir gratulieren den Veranstaltern recht herzlich zu diesem Erfolg. – Samstag, dem 19. Februar: 3. Ball der Heimat im Hotel Wimberger, Wien 7, Neubaugürtel 34 – dazu seid Ihr alle, ob jung oder alt, samt Euren Freunden, recht herzlich eingeladen. Näheres siehe unter „Wien“ bzw. im Blattinneren. – Freitag, 4. März: Blutspendeaktion beim Roten Kreuz, in Wien 4, Wiedner Hauptstraße 32. – Samstag, 5. März: Große Gedenkstunde im Kongreßhaus, Wien 5, Margaretengürtel 138, Beginn um 15 Uhr. – Und am Samstag, dem 12. März, steigt unser Volleyball-Turnier in der Jubiläumshalle in Biedermannsdorf. Beginn ist um 14 Uhr – macht alle mit.

Landesgruppe Oberösterreich

Denkt an die Teilnahme am Sommerlager vom 9. bis 16. Juli in der Steiermark, für Kinder und junge Leute aus ganz Österreich im Alter von zirka sieben bis 16 Jahre (auch die Freunde der Kinder können mitmachen). Um alsbaldige Anmeldung wird gebeten.

Arbeitskreis Südmähren

Bei den Trachtenbällen des Verbandes Österreichischer Landsmannschaften wurden wir bei den Einzügen immer mit großem Beifall bedacht. – Mit der Trachtengruppe und den Fahnen sind wir am Samstag, dem 19. Februar, beim 3. Ball der Heimat aller heimatvertriebenen Landsmannschaften im Hotel Wimberger dabei – Du doch sicher auch? Beginn ist um 18 Uhr (Einlaß ab 17 Uhr), Trachteneinzug und Begrüßung um 19 Uhr. Nehmt doch Eure Freunde und Bekannten mit, es ist bestimmt ein großes Ereignis für jedermann. Näheres im Zeitungsinnen bzw. unter „Wien“. – Bitte vormerken: Dienstag, 1. März: „Federnschleiß'n mit Federnhoh'n“ im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25, Hoftrakt, 2. OG. (Sudetendeutsche), Beginn um 19.30 Uhr. – 4.-März: Blutspendeaktion zum Gedenken an die Opfer des 4. März 1919, in der Blutspendenzentrale des Roten Kreuzes, Wien 4, Wiedner Hauptstraße 32 (mit Parkmöglichkeit). – 5. März: Große Gedenkstunde für die Märzgefallenen und für die Opfer der Vertreibung im Kongreßhaus Wien 5, Margaretengürtel 138. Wir sind beim Fahneneinzug wieder dabei. Beginn ist um 15 Uhr, Aufstellung des Einzugs um 14.45 Uhr.

Redaktionsschluß

Redaktionsschluß ist jeweils am Donnerstag, 12.00 Uhr, acht Tage vor dem Erscheinungstermin. Bis dahin müssen die Beiträge bei der Redaktion eingelaufen sein. Später eingelangte Berichte können nicht mehr berücksichtigt werden.

Folge 4	24. Februar	Red.-Schluß	17. Februar
Folge 5	10. März	Red.-Schluß	3. März
Folge 6	24. März	Red.-Schluß	17. März
Folge 7	7. April	Red.-Schluß	31. März
Folge 8	21. April	Red.-Schluß	14. April
Folge 9	12. Mai	Red.-Schluß	4. Mai
Folge 10	27. Mai	Red.-Schluß	19. Mai
Folge 11	9. Juni	Red.-Schluß	2. Juni
Folge 12	23. Juni	Red.-Schluß	16. Juni
Folge 13/14	7. Juli	Red.-Schluß	30. Juni
Folge 15/16	4. August	Red.-Schluß	28. Juli
Folge 17	1. September	Red.-Schluß	25. August
Folge 18	15. September	Red.-Schluß	8. September
Folge 19	6. Oktober	Red.-Schluß	29. September
Folge 20	20. Oktober	Red.-Schluß	13. Oktober
Folge 21	3. November	Red.-Schluß	27. Oktober
Folge 22	17. November	Red.-Schluß	10. November
Folge 23	1. Dezember	Red.-Schluß	24. November
Folge 24	15. Dezember	Red.-Schluß	7. Dezember

Offener Brief: „Fischer verweigert Gruß“

Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Ihren Versprechungen glaubend, daß Sie über alle politisch-weltanschaulichen Grenzen hinweg für alle Österreicher als Bundespräsident sich einsetzen werden, habe ich Sie vertrauensvoll gewählt. Mein Vertrauen ist zutiefst erschüttert durch Ihre Weigerung, dem „Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften“ ein Grußwort zuzusenden. Laut Pressemitteilung teilen Sie den Vertriebenen mit, „daß es zu diesen Vertreibungen, Tötungen und Brutalitäten nicht gekommen wäre, wenn es nicht vorher das Wüten derer gegeben hätte, die Anhänger des NS-Systems waren“.

Es ist nun zweifellos richtig, daß eine gewisse Anzahl Volksdeutscher an Hitler glaubte. Sie bringen es aber fertig, den Massenmord, die Enteignung und Vertreibung einer ganzen Volksgruppe, nach UNO-Resolution eindeutiger Völkermord, pauschal den Ermordeten / Vertriebenen selbst anzulasten, eine „Kollektivschuld der Volksdeutschen“ zu propagieren, die jeder Realität und Wahrheit ins Gesicht schlägt.

Eine wirklich einmalige und moralisch zutiefst verwerfliche Ansicht, die Sie im „Neusprech“ hier verkünden. Rudolf Steiner, den ich hier zitiere, war ein Seher. (*„Es wird nicht lange dauern, wenn man das Jahr 2000 geschrieben haben wird, da wird nicht ein direktes, aber eine Art von Verbot für alles Denken von Amerika ausgehen, ein Gesetz, welches den Zweck haben wird, alles individuelle Denken zu unterdrücken.“* Rudolf Steiner, 4. 4. 1916).

Daß aber ein frei gewähltes Staatsoberhaupt derartige Geschichtsunwahrheiten verkünden könnte, dies hat auch ein Rudolf Steiner nicht einmal geträumt.

Ich bin, was wohlklingende Versprechen von Ihrer Seite betrifft, um eine bittere Erfahrung reicher.

Mit höflichem Gruß

Georg Dattenböck, Anzing

Präsident für alle?

Als ich das nichtveröffentlichte „Grußwort“ – vielleicht hätte der VLÖ dennoch dieses Grußwort bringen sollen, es hätte schon damals Reaktionen gegeben – des Bundespräsidenten Dr. Fischer in der letzten „Sudetendpost“ gelesen hatte, glaubte ich in eine Zeit versetzt zu sein, die eigentlich schon längst überwunden sein sollte. Es stellt sich für mich die Frage: Wer hat diese Worte geschrieben (er selbst sicher nicht, sondern irgendein Sekretär und Fischer hat nur unterzeichnet) und von wem kamen dazu Einsager? Vom Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, dieser prokommunistischen Keimzelle, die als Verein und als Stiftung bei allem kontaktiert wird, oder war es ein Juso ohne viel Gefühl, Takt und keinerlei Geschichtskenntnisse? Ich weiß es nicht und will es auch nicht wissen.

Jedenfalls habe ich gemeint, daß der neue Bundespräsident ein Präsident für alle Österreicher sei, so wie er es immer wieder gesagt hat und noch immer betont. So wie es seine Vorgänger Dr. Kirchschläger, Dr. Waldheim und Dr. Klestil waren, wobei Dr. Kirchschläger zum Beispiel bei der festlichen Eröffnung des Sudetendeutschen Tages 1983 in der Stadthalle persönlich anwesend war und zu den mehr als 15.000 Sudetendeutschen (= Altösterreichern) gesprochen hatte.

Und jetzt diese Worte und Gedanken (mit der Unterscheidung zwischen guten und bösen Opfern und dem Aufrechnen dieser bzw. das Vorhalten, auch der Opfer der Nazis uneingeschränkt zu gedenken) sind wirklich nicht dazu angetan, um bei den mehr als 350.000 Heimatvertriebenen deutscher Muttersprache und vor allem deren Nachkommen Freude aufkommen zu lassen. Gerade die Volksdeutschen gedenken bei all ihren Feiern großen und kleineren Art aller Opfer des Terrors – sei es des Naziterrors oder der Vertreibung. Dazu gehören auch die Vertreibungsoffer der heutigen Zeit, sei es in Ruanda, im Sudan, in Palästina oder anderen Orten. Überall geschieht Schreckliches und die Welt hat aus den Vertreibungen nach dem Zweiten Weltkrieg nichts gelernt! Über die

Tribüne der Meinungen

Opfer des Stalin-Regimes, mehr als vierzig Jahre hindurch (und da wurden viele Österreicher ohne NS-Belastung nach dem Krieg in die Sowjetunion verschleppt) war jedenfalls in diesen Zeilen nichts zu lesen!

Übrigens (und das ins Stammbuch): Bereits am 5. August 1950 wurde durch die deutschen Heimatvertriebenen feierlich auf Rache und Vergeltung verzichtet! Hat man darauf (und auch der Schreiber des Grußwortes des Herrn Bundespräsidenten) völlig vergessen?

Jedenfalls bin ich in meiner Meinung, daß unser Bundespräsident wirklich ein Präsident für alle Österreicher ist und für deren berechnete Anliegen steht, etwas wankelmütig geworden. Aber ich lasse mich gerne eines Besseren belehren! Hubert Rogelböck, Wien

Offener Brief: Kein Grußwort

Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Ihre Verweigerung eines würdigen Grußwortes an den Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften ist wohl einzigartig für ein Staatsoberhaupt. Es ist unwahrscheinlich, daß einer Ihrer Amtsvorgänger jemals so unsensibel gehandelt hätte. Ihre Äußerung, daß die Vertreibung durch das vorherige Wüten des Nationalsozialismus ausgelöst wurde, ist falsch und unmoralisch. Bereits 1848 wurde anläßlich des ersten panslawistischen Kongresses in Prag beschlossen, alle Deutschen östlich der Linie Stettin – Triest zu vertreiben. Aber Geschichte, die nicht in das eigene Weltbild paßt, wird nicht ernst genommen.

Herr Bundespräsident! Während des Wahlkampfes hatten Sie treuherzig versprochen:

„...ein Bundespräsident für alle Österreicherinnen und Österreicher zu sein, alle politischen Gesinnungen ernstzunehmen und objektiv und fair zu sein“.

Vergleichen Sie bitte Ihr Wahlversprechen mit Ihrem gegenwärtigen Verhalten! Mit Ihrer skandalösen Aufrechnung diskriminieren Sie einen großen Bevölkerungsanteil. Sie sind in keiner Weise objektiv und fair. Sie grenzen in voller Absicht eine Gruppe aus, die sich wesentlich am Wiederaufbau unserer Republik verdient machte. Als Staatsoberhaupt erwartet man von Ihnen eine um Solidarität bemühte, vorbildliche, tolerante Vertrauensperson.

Als Nachfahre donauschwäbischer Eltern bin ich über die Mißachtung, die Sie uns entgegenbringen, zutiefst enttäuscht!

Roland Pentz, Linz

Worthülsen

Bei seinem Treffen mit dem tschechischen Ministerpräsidenten Stanislav Gross am 20. Jänner 2005 zeigte sich Bundeskanzler Wolfgang Schüssel über den Dingen stehend (oder sollte man besser sagen politisch korrekt), was die Causa Beneš-Dekrete betrifft! Er sei sich sicher, daß die Tschechische Republik hier Akzente setze, so der Bundeskanzler in seiner ganz auf die Zukunft ausgerichteten Worthülsen-Formulierung.

Der Kanzler vergißt dabei aber: Wer die Zukunft gestalten will, muß die Vergangenheit verarbeiten und die Gegenwart bewältigt haben.

Interessant ist auch die Ausführung des Kanzlers über die Individual-Beschwerden (SDI-Beschwerden) von genozidüberlebenden Sudetendeutschen vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof (EMGR) in Straßburg. Kein klares Bekenntnis zu dieser Beschwerde, wie man der Zeitung „Hospodarske noviny“ entnehmen kann. Man werde diese Beschwerde nicht aktiv unterstützen. Es scheint überhaupt, daß die schwarze Regierungshälfte sich nicht besonders gerne mit den leidigen Forderungen der vertriebenen Sudetendeutschen (Altösterreicher) beschäftigen will. In einem Interview der neuen Außenministerin Ursula Plassnik vom 21. Jänner 2005 in den „ÖÖN“ kommen die Beneš-Dekrete gar nicht vor. Es wird von einer neuen Qualität und Dimension seit dem EU-Beitritt der Tschechischen Republik gesprochen. Von den Leiden der Sudetendeutschen vor sechzig Jahren und deren Ursachen, von den

menschenverletzenden Beneš-Dekreten kein Wort. Wahlen gibt es ja erst wieder 2006. Eine rühmliche Ausnahme scheint der oberösterreichische Parlamentarier und ÖVP-Vertriebenensprecher Kapeller zu sein. Dieser versucht augenscheinlich die Vertriebenenfrage auch zwischen den Wahlen in den politischen Gremien der ÖVP auf Bundesebene am Leben zu erhalten.

Wie anders die Freiheitlichen in Oberösterreich unter Mag. Günther Steinkellner: Auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene (FPÖ-Vertriebenensprecherin Rosenkranz) ein klares politisches Bekenntnis zu der Beschwerdeführung Straßburg SDI.

Bedauerlich, daß Bundeskanzler Schüssel der juristischen SDI-Beschwerde die politische Unterstützung versagt. Denn: Wie einer APA-Meldung vom 21. Jänner zu entnehmen ist, zeigen juristische Klagen Wirkung: Lodz (Litzmannstadt). Die mit rund 780.000 Einwohnern zweitgrößte Stadt Polens steht vor einem finanziellen Desaster. Die Erben des ehemaligen Lodzer Fabrikbesitzers Theodor Tietzen haben in einem Prozeß Recht bekommen, womit der Bau der städtischen Kläranlage auf einem Gelände des Fabrikanten rechtswidrig ist. Nun kommt eine Zivilklage mit erheblichen Entschädigungsforderungen auf die Stadt zu.

Robert Hauer, Linz

Nicht gelesen

Im Schreiben an den Bundesvorsitzenden der VLÖ, Dipl.-Ing. Rudolf Reimann, rügt Bundespräsident Fischer eine „gewisse Einseitigkeit der Geschichtsbetrachtung“.

Wie alle Nachkriegsbürger der westlichen Welt, haben Sie in der Schule gelernt: „Wenn 1938 die Sudetendeutschen nicht die einzige überlebende Demokratie Mitteleuropas beraten hätten, wäre der Zweite Weltkrieg nicht ausgebrochen, und Hitler hätte nicht sechs Millionen Juden ermorden können.“ Aber Henlein mit Auschwitz zu koppeln ist so absurd wie etwa Renner mit Stalins „Säuberungen“. In Wirklichkeit brach der Krieg aus, weil:

1. die Sieger des Ersten Weltkriegs ihr Wort brachen und statt der versprochenen Selbstbestimmung Staaten wie Jugoslawien, die Tschechoslowakei und den Irak zusammenbastelten, und

2. keiner der westlichen Staatsmänner sich zwischen 1925 und 1935 sich der Mühe unterzog, Hitlers „Mein Kampf“ zu lesen.

Leider haben das auch damals weder „die Sudetendeutschen“ noch die Mitglieder des Völkerbundes getan – eine kriminelle Unterlassung. Andernfalls hätte jeder gewußt, daß Hitler im Osten neues Land „erwerben mußte“, um dem deutschen Volkszuwachs von fast einer Million pro Jahr gerecht zu werden. Oder hatte der Westen erwartet, daß Hitler Polen aufkaufen würde?

Dr. Max Schindler, Boonton Twp., N.J., USA

Daneben

Wenn sich Bundespräsidenten und andere Politiker schwer tun, Grußworte oder irgendeine Freundlichkeit an irgendeine Volksgruppe zu richten, in diesem Fall an eine, die nach dem Krieg am Wiederaufbau Österreichs beteiligt war, so ist hier einiges total daneben.

In Deutschland war man etwas neidisch, daß es diese Art von Volksverrat in Österreich offenbar nicht gibt. Jetzt fragt man sich wieder einmal, von welchem Virus diese Leute befallen sind, daß sie allesamt immer wieder, gegen jedes bessere Wissen, den gleichen geschichtsverdrehenden Blödsinn verzapfen?

Im Jahr 2005 mit seinen anstehenden Jubiläums- und Festveranstaltungen wird wohl so mancher Kübel Politikerweisheit über die Vertriebenen ausgeschüttet werden.

Walter Stoppel, D-Mönsheim

Standhaft bleiben!

In einem Leitartikel der „Sudetendpost“ fragte Chefredakteur Maurer die CDU-Chefin Angela Merkel nach deren Prag-Besuch „Auch Du, meine Tochter Angela...?“ Er bezieht sich

auf einen Cäsar zugeschriebenen Spruch und betrachtet die Aussage damit indirekt als Verrat an den Sudetendeutschen und Vertriebenen insgesamt. Sie stellte sich mit ihrer Aussage hinter die Politik des SPD-Kanzlers Schröder, Verheugen und des grünen Außenministers Fischer. Bald nach dem Regierungsantritt Schröders wurden die Fördermittel für Vertriebene rapide gekürzt und werden laufend weiter verringert. Dafür werden die Gelder zur Einladung tschechischer Redner zu Veranstaltungen und Schulungen großzügig bezuschußt, ja zumeist zur Bedingung gemacht. Die Umerziehung, die betrieben wird, haben leider nur wenige Landsleute erkannt.

Auf der Titelseite der „Sudetendpost“ vom 16. Dezember ist zu lesen: „Jetzt wackelt auch die CSU!“ Wie seit einiger Zeit bekannt, sind bereits Vorgespräche durch Staatssekretär Hermann in Prag geführt worden, wobei dieser Joachim Hermann einen Besuch Stoibers für „empfehlenswert“ hält. Noch zu Pfingsten beim Sudetendeutschen Tag erklärte der bayerische Ministerpräsident unter brausendem Beifall von fast zehntausend Sudetendeutschen und ranghohen Vertretern des In- und Auslandes: „Ich bin seit dem Jahre 1993 bayerischer Ministerpräsident und habe noch keinen offiziellen Staatsbesuch in Tschechien unternommen. Das wird auch so bleiben, wenn das Verhältnis Tschechien – Sudetendeutsche sich nicht ändert. Wir wollen ein Europa, in dem Vertreibungsdekrete keinen Platz haben. Wenn die Tschechen glauben, sie hätten jetzt Ruhe, muß ich ihnen sagen: „Jetzt beginnt erst eine neue Diskussion! Wir werden kämpfen, fünf Jahre, zehn Jahre, aber am Ende werden wir uns durchsetzen.“

Nachdem in den vergangenen Jahrzehnten, trotz intensiver Bemühungen von Seiten der Sudetendeutschen um eine Annäherung der Beziehungen von Deutschen zu Tschechen, keinerlei Verbesserungen zu erkennen sind, muß man sich fragen, ob dieser Staatsbesuch nicht unter der Würde der Sudetendeutschen, aber auch der Bayern ist? Die Sudetendeutschen sind eben auch „Bayerns vierter Stamm“. 85 Prozent der befragten Tschechen in den ursprünglich deutschen Gebieten halten die Vertreibung der Deutschen für richtig, und damit auch den zumeist gewaltsamen Tod von 250.000 meist unschuldigen Menschen. Es hat sich in diesen vergangenen sechzig Jahren nichts geändert. Die tschechische Seite versucht durch politisch geschickte Argumentationen, bis hin zur Verleumdung, die Deutschen selbst für diesen Völkermord verantwortlich zu machen. Hier muß man sich fragen, ob Stoiber oder dessen Berater die Mentalität und die Absicht tschechischer Politik verkennen oder nicht erkennen wollen. Es ist kein Geheimnis, daß man sich innerhalb der CSU mit dem Gedanken beschäftigt, bei einem Regierungswechsel eine Koalition mit den „Grünen“ zu überlegen. Dies würde eine Abkehr von der bisherigen CSU-Politik bedeuten, die voll zu Lasten der Vertriebenen und Bauern vollzogen werden könnte.

Wer das Verhalten grüner Politiker in den letzten zehn Jahren beobachtet hat, kann sich vorstellen, was dann auf uns zukommt. Man denke nur an die Grüne Antje Vollmer mit dem Masarykorden an der Brust, und frage sie, wofür sie diesen bekommen habe? Unsere Landsleute hatten ein gutes Gespür dafür, als man Antje Vollmer vor Jahren am Sudetendeutschen Tag auspfiff und am Reden hinderte. Der bayerische Ministerpräsident sollte bei seinem Besuch in Prag standhaft bleiben, damit er nicht nach seiner Rückkehr, wie seinerzeit Frau Merkel, gefragt werden kann: „Auch Du, mein Sohn Edmund?“

Karl Rotter, D-Pfaffenhofen / Ebersried

Liebe Leserinnen und Leser!

Wir freuen uns über jede Zuschrift und möchten Sie hiermit freundlich ermuntern, uns auch Ihre Meinung zu den Themen, die uns gemeinsam berühren, zu senden.

Leserbriefe stellen grundsätzlich persönliche Meinungen dar und müssen nicht der Meinung der Redaktion und des Herausgebers oder der SLÖ entsprechen. – Wir bitten um Verständnis, daß wir anonyme Leserbriefe nicht abdrucken können.